

Z2



Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 11

November 1962

Aufsätze:

- Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts
- Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten
- Einzelhandelsstatistik
- Einzelhandelsumsätze 1961
- Soziale Krankenversicherung
- Kriegsbeschädigte 1960 und 1961

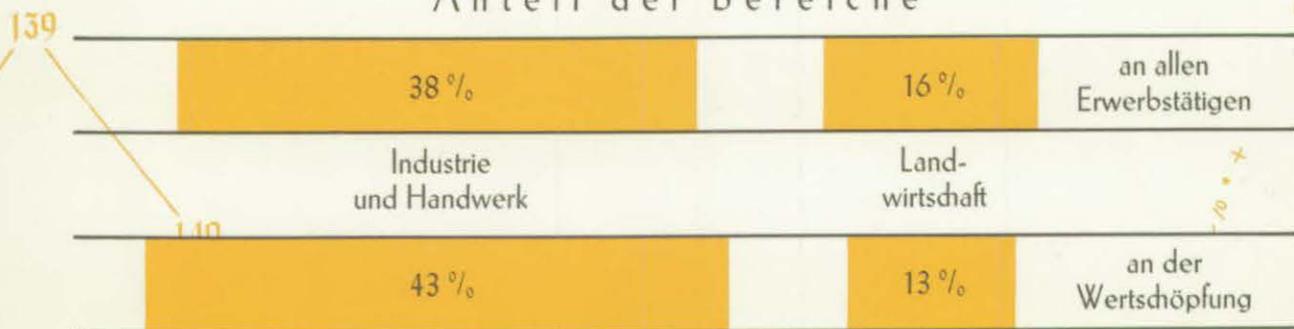
Kurzberichte:

- Fremdsprachenunterricht
- Nicht versetzte Schüler

Graphik des Monats: Schulwesen

INDUSTRIELAND — AGRARLAND

Anteil der Bereiche

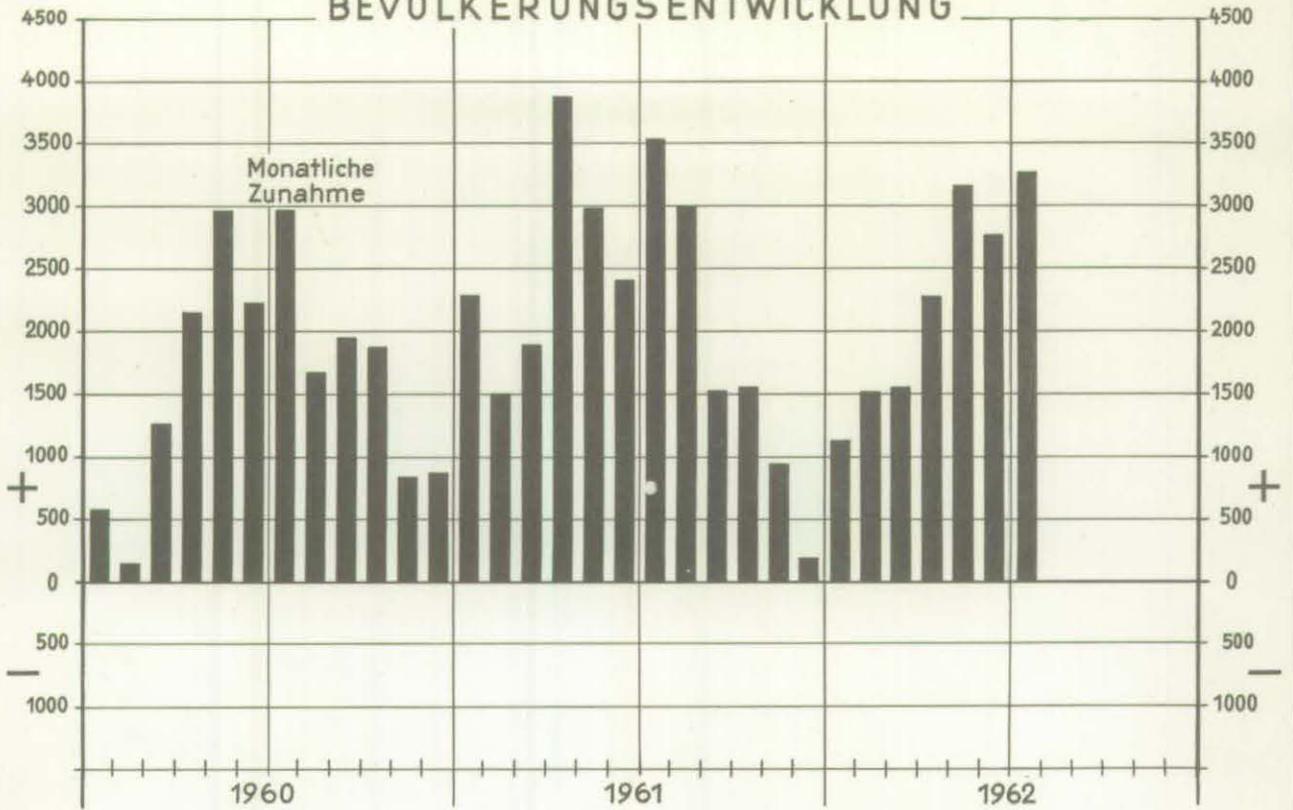


Herausgegeben vom

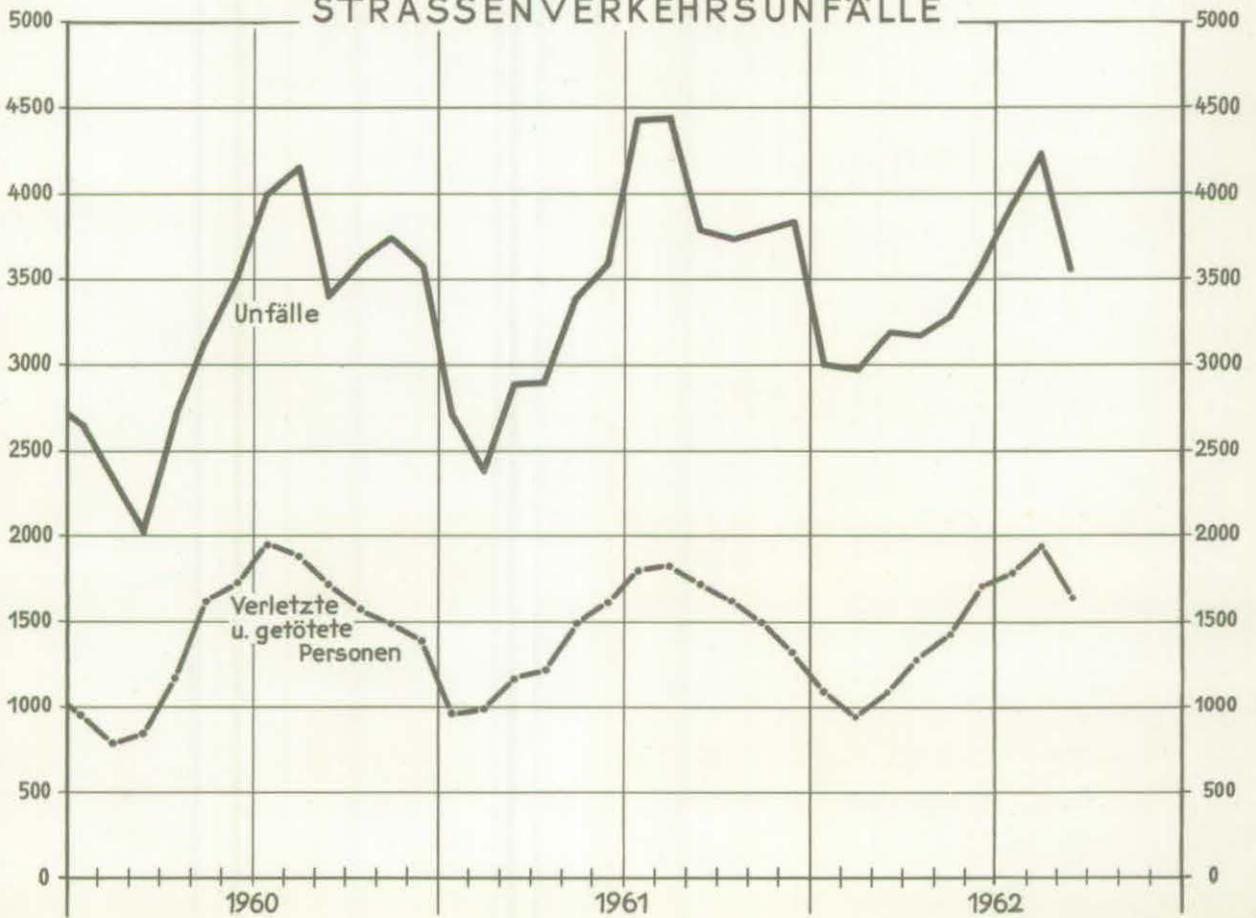
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



I N H A L T

11/62

Aktuelle Auslese	337
Aus dem Inhalt	338-339
 Aufsätze	
Die monetäre und reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts Schleswig-Holsteins 1950 - 1959	340-342
Der Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten 1959 bis 1961	342-345
Über die Einzelhandelsstatistik 1960	346-349
Die Einzelhandelsumsätze 1961	349-354
Soziale Krankenversicherung 1960 und 1961	354-358
Die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen 1960 und 1961	358-359
 Kurzberichte	
Fremdsprachenunterricht an den allgemeinbildenden Schulen	360
Nicht versetzte Schüler in den öffentlichen Gymnasien	360
Graphik des Monats	352-353
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel	361-366
Kreiszahlen	367
Schleswig-Holstein im Bund	368
Wirtschaftskurven A - allgemein -.	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 6/1962

Milchwirtschaft 1961
Vieh- und Fleischwirtschaft 1960/61
Löhne in der Landwirtschaft 1961
Industrie 1961
Handwerk 1961
Zahlungsschwierigkeiten 1961
Kommunaler Finanzausgleich
Lehrernachwuchs
Pädagogische Hochschulen
Akademische Prüfungen

Heft 7/1962

Kommunalwahlen März 1962
Bodennutzungssysteme
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
Boden- und Kommunalkreditinstitute

Heft 8/1962

Wohnbevölkerung nach der Volkszählung
Kredite und Einlagen 1961
Meldepflichtige Krankheiten
Arbeitsplatzwechsel der Arbeitnehmer
Öffentliche Verschuldung
Hypotheken 1961
Klassifizierte Straßen
Verkehr der Bundesbahn
Ausländer 1961
Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel
Baumschulen 1961

Heft 9/1962

Schleswig-Holstein von 1956 bis 1962

Heft 10/1962

Hochschullehrer 1960
Berufsbildende Schulen 1961
Grenzüberschreitender Reiseverkehr
Postleistungen
Kraftfahrzeugbestand 1961
Soziale Rentenversicherung
Bausparkassen 1961
Verbraucherpreise
Ingenieurschulen
Heizölverbrauch
Schwerbeschädigte



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 11

November 1962

Aktuelle Auslese

ÜBER 800 000 ARBEITNEHMER



Am 30. September 1962 waren in Schleswig-Holstein 828 000 Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte und Beamte) beschäftigt. Gegenüber dem 30. September 1961 hat sich die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um 14 900 erhöht. Die Zahl der beschäftigten männlichen Arbeitnehmer hat in dem genannten Zeitraum um 1,2% und die der weiblichen um 3,0% zugenommen.

In der Wirtschaftsabteilung "Handel, Geld- und Versicherungswesen" ist mit 6 900 Personen die stärkste Zunahme der Beschäftigten zu verzeichnen. Es folgt der "Öffentliche Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse", in der die Zahl der Beschäftigten sich um 4 600 Personen erhöhte. Dagegen hat die Beschäftigtenzahl in der "Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft" weiterhin abgenommen, und zwar in dem angegebenen Zeitraum um 2 700 Personen, das sind 5,2%.

UMSATZ UND BESCHÄFTIGUNG IN DER INDUSTRIE WEITERHIN AUF HOHEM NIVEAU



In den ersten neun Monaten dieses Jahres belief sich der Industrieumsatz (ohne Bau und Energie) in Schleswig-Holstein auf 5,3 Mrd. DM; das sind 3% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Auslandsumsatz, in seiner Abhängigkeit vom exportintensiven Schiffbau, folgte jedoch nicht der Gesamtentwicklung; er blieb um gut 12% unter dem Vergleichswert.

Bei kaum veränderter Zahl von beschäftigten Arbeitern und Lehrlingen (+ 0,6%), aber leicht rückläufiger Summe der geleisteten Arbeiter-

stunden (- 2,5%) stieg die Bruttolohnsumme um mehr als 12%.



ZUNAHME DER ARBEITSSTUNDEN IM ÖFFENTLICHEN HOCH- UND TIEFBAU

In den ersten neun Monaten dieses Jahres waren durchschnittlich 63 600 Personen im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe tätig. Der vergleichbare Beschäftigtenstand des Vorjahres wurde um nahezu 4% überschritten.

Der Umsatz im Bauhauptgewerbe belief sich für die ersten drei Quartale 1962 auf 971 Mill. DM. Für Löhne und Gehälter wurden 350 Mill. DM ausgegeben. Beide Summen waren um nicht ganz ein Sechstel höher als die vergleichbaren Werte des Jahres 1961.

In dem beobachteten Zeitraum 1962 wurden im Bauhauptgewerbe reichlich 85 Mill. Arbeitsstunden geleistet, rund 3% weniger als im ersten bis dritten Quartal 1961. Dabei wurden für den Wohnungsbau 8%, für landwirtschaftliche Bauvorhaben 14% und für gewerbliche Bauten 10% weniger Arbeitsstunden aufgewendet. Demgegenüber wurden im öffentlichen Hochbau 5% und im öffentlichen Tiefbau (einschl. Straßenbau) sogar über 7% Arbeitsstunden mehr geleistet als 1961.

770 000 t KARTOFFELN GEERNTET



Nach vorläufigen Ermittlungen blieb die diesjährige Kartoffelernte um 8% unter dem Ergebnis 1961. Im Landesmittel wurden bei den verschiedenen Reifegruppen ungefähr die gleichen Erträge erzielt wie im Vorjahr, doch war der Kartoffelanbau weiter eingeschränkt worden.

Aus dem Inhalt

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Seite 340

Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen für das Jahr 1959 erreichte einen Wert von 9,1 Mrd. DM gegenüber 3,9 Mrd. DM im Jahre 1950. Daraus ergibt sich eine Zunahme der monetären wirtschaftlichen Leistung des Landes auf mehr als das Doppelte. Mengenmäßig, d. h. in konstanten Preisen auf der Preisbasis 1954, stieg das Bruttoinlandsprodukt von 4,4 Mrd. DM im Jahre 1950 auf 7,9 Mrd. DM im Jahre 1959 an, das sind nur 80% mehr. Man kann also sagen, daß die Zunahme des nominellen Inlandsproduktes überwiegend auf eine vermehrte Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen zurückzuführen ist und daß die Preisentwicklung wohl wesentlich, aber in geringerem Maße hierzu beigetragen hat. - Der relative Beitrag der zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins unterscheidet sich nur unwesentlich bei der Gegenüberstellung der Ergebnisse in jeweiligen Preisen und in konstanten Preisen. Zu den Bereichen, deren relativer Beitrag zum realen Bruttoinlandsprodukt größer ist als zum nominellen, zählt die gewerbliche Wirtschaft und auch der eng mit ihr korrelierende Handel und Verkehr. Bei den Dienstleistungsbereichen und bei der Landwirtschaft (einschl. Forstwirtschaft und Fischerei) ist unter Zugrundelegung konstanter Preise der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt prozentual geringer.

Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten

Seite 342

Das monatliche Haushaltseinkommen der mittleren Verbrauchergruppe betrug 1961 im Schnitt 818 DM. Hiervon gingen für gesetzliche Versicherungen und für Steuern 100 DM ab, so daß den buchführenden Arbeitnehmerhaushalten an ausgabefähigem Einkommen 718 DM verblieben. Im Vergleich zu 1958 hatten diese Haushalte 1961 rund 120 DM mehr ausgegeben. Wird aber berücksichtigt, daß die Lebenshaltung sich in den drei Jahren um 5% verteuerte, so bleibt - real gesehen - nur eine Ausweitung des Haushaltseinkommens um etwa 90 DM. - Im Durchschnitt des Jahres 1961 haben die buchführenden Familien 97% des verfügbaren Einkommens für Käufe von Waren und Dienstleistungen zu Verbrauchszwecken ausgegeben. Die monatlichen Verbrauchsausgaben beliefen sich damit auf 694 DM. Reichlich ein Drittel davon wurde für den Einkauf von Nahrungsmitteln und 13% für Bekleidung verwendet. Nach der Nahrung und Bekleidung rangiert bei den Ausgaben die Wohnung an dritter Stelle. - Die Verbrauchsstruktur hat sich in den letzten Jahren etwas verändert. Dabei fällt am meisten das starke Anwachsen der Verkehrsausgaben auf.

Einzelhandelsstatistik

Seite 346

In diesem Aufsatz wird über die Schwierigkeiten und Besonderheiten der Einzelhandelsstatistik berichtet. Es wird darauf hingewiesen, daß die Beantwortung der Fragen häufig ungenau ist, weil der Befragte - vor allem der kleine Unternehmer - nicht immer die Angaben so vorliegen hat, wie sie für eine exakte Beantwortung erforderlich sind. Eine weitere Schwierigkeit liegt in der Abgrenzung der Wirtschaftsklassen, ein Problem, daß überragende Bedeutung bei einer Stichprobenerhebung, wie es die Einzelhandelsstatistik ist, gewinnt. Im weiteren Verlauf des Aufsatzes werden dann einzelne betriebswirtschaftliche Größen (Umsatz, Einkauf, Lagerbestand usw.) in ihren Relationen zueinander untersucht und Ergebnisse genannt.

Einzelhandelsumsätze 1961

Seite 349

Die Umsatzentwicklung im Einzelhandel ist 1961 zufriedenstellend gewesen. In allen Bereichen wurden höhere Umsätze als 1960 erzielt, die allerdings z. T. durch Preissteigerungen mitverursacht worden sind. - In den einzelnen Warenbereichen ergaben sich gewisse Unterschiede in der Umsatzentwicklung, da sich die Nachfrage nicht gleichmäßig erhöht hat. Den geringsten Schwankungen war der Lebensmittelhandel ausgesetzt, dessen Umsätze seit 1957 jährlich um 5 bis 7% anstiegen. Dagegen mußte der Handel mit Bekleidung und Schuhen nach der sehr lebhaften Nachfrage bis 1957 stagnierende und sogar rückläufige Umsätze hinnehmen. Ab 1960 hat sich jedoch der Absatz dieser Güter wieder erweitert und 1961 lag die Umsatzausweitung in diesem Geschäftsbereich sogar wieder über dem Durchschnitt des gesamten Einzelhandels. Die Geschäfte, die Haushaltsgegenstände und Wohnbedarf führen, hatten 1961 ebenfalls eine überdurchschnittliche Erhöhung ihrer Umsätze zu verzeichnen, wenn gleich die Zuwachsrate von 1957 nicht wieder erreicht wurde. - Für einige Geschäftsformen des Einzelhandels werden die Umsätze gesondert dargestellt. Aus den vorliegenden Ergebnissen kann auf einen wachsenden Anteil der Kaufhäuser am Markt geschlossen werden. Die Umsatzsteigerungen dieser Geschäfte liegen seit Jahren höher als die im Durchschnitt des ganzen Einzelhandels erzielten Quoten. Besonders günstig hat sich in den Warenhäusern der Lebensmittelumsatz gestaltet.

Soziale Krankenversicherung

Seite 354

Die landesunmittelbaren Krankenkassen Schleswig-Holsteins hatten im Durchschnitt des Jahres 1960 rund 742 000 und ein Jahr später 740 000 Mitglieder. Der Anteil der Pflichtmitglieder nahm dabei um 1% zu, während der Anteil der Rentner konstant blieb und der der freiwilligen Mitglieder um 1% abnahm.

Drei Fünftel aller Mitglieder waren männlich. Das Gros der versicherten Rentner war über 65 Jahre alt, ebenso ein großer Teil der freiwilligen Mitglieder. Der Schwerpunkt bei den Pflichtversicherten lag dagegen in den Altersklassen von 15 bis 35 Jahren. - Die Zahl der gemeldeten Arbeitsunfähigkeitsfälle der Pflichtversicherten und freiwilligen Mitglieder, für welche die gesetzlichen Krankenkassen ganz oder teilweise die entstandenen Kosten zu tragen haben, erhöhte sich von 373 000 im Jahre 1960 auf 387 000 im Jahre 1961. Die Arbeitsunfähigkeitsfälle, bezogen auf 100 Mitglieder (ohne Rentner), nahmen gleichzeitig von 68,0 auf 70,3 zu. Die ausgewiesenen Arbeitsunfähigkeitsfälle verursachten 1960 8,3 Mill. Arbeitsunfähigkeitstage, 1961 8,5 Mill.. 1961 war im Durchschnitt jedes männliche Mitglied 16 Tage arbeitsunfähig krank, jedes weibliche Mitglied dagegen 14 Tage. - Der Krankenstand der Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen - arbeitsunfähige Kranke am Monatsersten je 100 Mitglieder - war im Durchschnitt des Jahre 1961 mit 5,29 um 0,32 höher als 1960. Dieser Anstieg entspricht dem früherer Jahre, der von 1952 bis 1960 im Durchschnitt 0,31 betrug. - Den höchsten durchschnittlichen Beitragssatz zahlten am Ende des Jahres 1961 die Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen mit 9,26% des Grundlohnes. - Die gesamten Einnahmen aller landesunmittelbaren Krankenkassen aus Beiträgen stiegen 1960 auf 240 Mill. DM und 1961 auf 269 Mill. DM an, neben denen die Vermögenserträge und sonstigen Einnahmen eine ganz untergeordnete Rolle spielen. Demgegenüber betrugen die gesamten Ausgaben 1960 239 Mill. DM und 1961 265 Mill. DM mit einem Anteil der Verwaltungskosten von 5 bis 6% in jedem der beiden Jahre.

Ende 1961 zählte man in Schleswig-Holstein rund 48 600 versorgungsberechtigte Beschädigte; davon waren 52% Leichtbeschädigte und 48% Schwerbeschädigte. Der größte Teil der Schwerbeschädigten fiel in die Gruppe mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50%. - Die Zahl der Kriegsbeschädigten nahm seit 1955 Jahr für Jahr um gut 900 ab - das sind etwa 2% des jeweiligen Bestandes -, die Zahl der Kriegshinterbliebenen verminderte sich rascher. Seit 1955 ging sie jährlich im Durchschnitt um ungefähr 8% des jeweiligen Bestandes zurück. - Von allen Leistungen der Kriegsopferversorgung fallen finanziell die Renten und ähnlichen Barleistungen (Beihilfen, Härteausgleichszahlungen) am stärksten ins Gewicht. Der jährliche Rentenaufwand nach dem BVG belief sich in Schleswig-Holstein 1960 auf 143 Mill. DM und 1961 auf 169 Mill. DM.

Fremdsprachenunterricht

Im Mai 1962 wurden in Schleswig-Holstein gut 80% aller Schüler der 5. bis 13. Klassen, die eine allgemeinbildende Schule besuchten, in mindestens einer Fremdsprache unterrichtet. Die Fremdsprache mit der weitesten Verbreitung ist mit Abstand Englisch.

Nicht versetzte Schüler

Im Durchschnitt der Jahre 1958 bis 1962 wurden in den öffentlichen Gymnasien Schleswig-Holsteins rund 8% der Schüler nicht versetzt.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Landkreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Die monetäre und reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Schleswig-Holsteins 1950 - 1959

Die Sozialproduktberechnung ist ihrem Inhalt nach eine reine Geldrechnung und keine Volumensrechnung. Wenn man trotzdem neben die Ergebnisse in jeweiligen Preisen solche in konstanten Preisen stellt, so deswegen, um eine Vorstellung zu erlangen, wie sich die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts auf Preis- und Mengenfaktoren verteilt. Diese Angaben, nicht nur für das Bruttoinlandsprodukt insgesamt erstellt, sondern auch für die einzelnen Wirtschaftsbereiche und Unterbereiche, geben einen zusätzlichen differenzierten Einblick in die Kapazitätsentwicklung und -ausnutzung der Wirtschaft. Das letztere gilt natürlich nur insoweit, als nicht externe Faktoren, wie z. B. die Witterungsverhältnisse bei der Landwirtschaft, ausschlaggebenden Einfluß auf das Produktionsergebnis haben.

Bei der Beurteilung der Ergebnisse der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen ist zu beachten, daß ganz allgemein aus methodischen und materialtechnischen Gründen nicht der Sicherheitsgrad erreicht werden kann wie bei der Berechnung in jeweiligen Preisen¹. Bei der Landesberechnung kommt hinzu, daß außer in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei und Energiewirtschaft bei der Umrechnung auf konstante Preise mangels landeseigener Preisindices eine bundeseinheitliche Preisentwicklung angenommen werden mußte. Die in sehr tiefer wirtschaftlicher Gliederung (etwa 70 interne Bereiche) durchgeführte Berechnung bietet trotzdem eine Gewähr für die Aussagekraft der Zahlen.

Der vorliegende Bericht gibt eine zusammenfassende Darstellung der in tieferer Wirtschaftsgliederung für die Jahre 1950 - 1959 bereits veröffentlichten Werte². Im Gegensatz zu den Ergebnissen der Berechnungen in jeweiligen Preisen³, die als vorläufige Werte nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen auch für das Jahr 1960 vorliegen, schließt die Berechnung zu konstanten Preisen mit dem Jahr 1959 ab.

Monetäre und reale Entwicklung 1950 - 1959

Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen für das Jahr 1959 erreicht einen Gesamtwert

1) Über die Problematik der Berechnung in konstanten Preisen vgl. H. Bartels: "Sozialprodukt zu konstanten Preisen - Probleme und Methoden", *Wirtschaft und Statistik* 1953, S. 47 ff. (Febr.)

2) Vgl. Stat. Berichte des Stat. Landesamtes S.-H., Nr. P 1 I - 2 "Das Bruttoinlandsprodukt im Bundesgebiet und in den Ländern nach Wirtschaftsbereichen 1950 - 1959 in Preisen von 1954"

3) Vgl. Stat. Berichte des Stat. Landesamtes S.-H., Nr. P 1 I - S "Das Bruttoinlandsprodukt im Bundesgebiet und in den Ländern nach Wirtschaftsbereichen 1950 - 1960 in jeweiligen Preisen"

von rund 9,1 Mrd. DM gegenüber 3,9 Mrd. DM im Jahre 1950. Daraus ergibt sich eine Zunahme der monetären wirtschaftlichen Leistung des Landes auf mehr als das Doppelte, nämlich um 135%. Mengenmäßig, d. h. in konstanten Preisen auf der Preisbasis 1954, stieg das Bruttoinlandsprodukt von 4,4 Mrd. DM im Jahre 1950 auf 7,9 Mrd. DM im Jahre 1959 an, das sind um 80% mehr. Man kann also sagen, daß die Zunahme des nominellen Inlandsprodukts überwiegend auf eine vermehrte Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen zurückzuführen ist, und daß die Preisentwicklung wohl wesentlich, aber in geringerem Maße hierzu beigetragen hat. Im Bundesgebiet ist sowohl die monetäre als auch die reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts etwas stärker gewesen. Seine Meßziffer (1950 = 100) des Bruttoinlandsprodukts stellt sich 1959 in jeweiligen Preisen auf 256, in Preisen von 1954 auf 192. Das Verhältnis der Mengen zu den Preisfaktoren steht aber im Einklang mit dem des Landes.

Das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins
in jeweiligen Preisen und in Preisen von 1954
1950 - 1959

Jahr	Mill. DM		Meßziffern 1950 = 100		Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	
	in jewei- ligen Preisen	in Preisen von 1954	in jewei- ligen Preisen	in Preisen von 1954	in jewei- ligen Preisen	in Preisen von 1954
1950	3 866	4 368	100	100	.	.
1951	4 461	4 689	115	107	15,4	7,4
1952	5 029	5 001	130	114	12,7	6,7
1953	5 313	5 341	137	122	5,6	6,8
1954	5 627	5 627	146	129	5,9	5,4
1955	6 238	6 029	161	138	10,9	7,1
1956	6 879	6 481	178	148	10,3	7,5
1957	7 612	7 011	197	161	10,7	8,2
1958	8 429	7 475	218	171	10,7	6,6
1959	9 073	7 864 ^a	235	180	7,6	5,2

a) vorläufiges Ergebnis

Das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen ist ebenso wie das in jeweiligen Preisen seit 1950 Jahr für Jahr angestiegen. Die Zuwachsraten der einzelnen Jahre zeigen aber, daß die reale Entwicklung wesentlich stetiger verlaufen ist als die monetäre. Jene Zuwachsraten streuen zwischen 5% und 8%, diese zwischen 6% und 15%. Am stärksten ist die Preisentwicklung der Mengenentwicklung in den Jahren 1951 und 1952 vorausgeeilt. Am wenigsten haben sich die Preisfaktoren in den Jahren 1953, 1954 und auch 1959 ausgewirkt, wobei einmal im Jahre 1953 die reale Entwicklung sogar geringfügig über der monetären Entwicklung liegt.

Die zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche

Der Zusammenfassung der einzelnen Wirtschaftsbereiche zu Gruppen, die im Wirtschaftsablauf gleichartige Funktionen erfüllen, nämlich die Produktion, die Verteilung und die Dienstleistungen, liegt bei der Gegenüberstellung des realen und des monetären Bruttoinlandsprodukts nicht nur der Gedanke an die Fehlerquellen der Berechnung zugrunde. Sie hat einen wesentlichen ökonomischen Sinn. Sie soll verdeutlichen, wie in den einzelnen Produktionsstufen, unabhängig von der Art der erzeugten Güter und Dienstleistungen, die Wechselbeziehung von Mengen und Preisen sich ausgewirkt hat, und zwar durch die Schau über 10 Jahre hinweg zurück auf das Jahr 1950 anhand der Meßziffern. Die Unterschiede in dem Gefüge des monetären und des realen Bruttoinlandsprodukts sollen die Frage beantworten, ob allein von der Preisentwicklung her gesehen wesentliche strukturelle Veränderungen eingetreten sind.

Die letzte Frage ist zu verneinen. Der relative Beitrag der zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins unterscheidet sich nur unwesentlich bei der Gegenüberstellung der Ergebnisse in jeweiligen Preisen und in konstanten Preisen. Zu erwähnen ist lediglich, daß der bei der Darstellung des Strukturwandels anhand der Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen belegte Trend zur gewerblichen Wirtschaft noch etwas betonter zum Ausdruck kommt⁴. Zu den Bereichen, deren relativer Beitrag zum realen Bruttoinlandsprodukt größer ist als zum nominalen, zählt die gewerbliche Wirtschaft - in der Tabelle "Übrige Warenproduzierende Bereiche" - und auch der eng mit ihr korrelierende Handel und Verkehr. Bei den Dienstleistungsbereichen und bei der Landwirtschaft, einschl. Forstwirtschaft und Fischerei, ist unter Zugrundelegung konstanter Preise der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt prozentual geringer.

Stärker als bei einem Vergleich der Prozentsätze treten die unterschiedlichen Auswirkungen der Preisfaktoren bei der Betrachtung der Meßziffern auf der Basis 1950 zutage. Bei den Dienstleistungsbereichen, deren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen fast zur Hälfte aus den Löhnen und Gehältern der Angehörigen des öffentlichen Dienstes besteht, ist die Diskrepanz zwischen der Zunahme des monetären und des realen Bruttoinlandsprodukts seit 1950 am stärksten. Nicht ganz so stark, aber wesentlich über dem Durchschnitt liegend, bleibt die reale Entwicklung beim Handel und beim Verkehr hinter dem monetären Wachstum

Das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins 1959 in jeweiligen Preisen und in Preisen von 1954 nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen

Bereich	in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1954 ¹		
	Mill. DM	An- teil in %	Meß- ziffer 1950 = 100	Mill. DM	An- teil in %	Meß- ziffer 1950 = 100
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 266	14	167	1 016	13	127
Übrige Warenproduzierende Bereiche ²	3 953	44	268	3 607	46	232
Handel und Verkehr ³	1 763	19	239	1 564	20	176
Dienstleistungsbereiche ⁴	2 091	23	233	1 678	21	150
Bruttoinlandsprodukt insgesamt	9 073	100	235	7 864	100	180

1) vorläufige Werte 2) Bergbau, Energiewirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe 3) einschl. Nachrichtenübermittlung
4) Banken und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermittlung, Staat, Sonstige Dienstleistungen

zurück. Am nächsten kommt die volumensmäßige Ausdehnung der monetären bei der gewerblichen Wirtschaft. Auch bei der Landwirtschaft hält sich das Verhältnis der Preise zu den Mengen im Rahmen.

Das Verarbeitende Gewerbe

Bei der Darstellung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen⁵ ist das Verarbeitende Gewerbe, das mit etwa 90% die Warenproduzierenden Bereiche ohne Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei repräsentiert, in tieferer wirtschaftlicher Gliederung ausgewiesen worden. Analog hierzu sollen auch bei der Gegenüberstellung zu den Ergebnissen in konstanten Preisen die Unterbereiche des Verarbeitenden Gewerbes kurz angesprochen werden. Die auf Grund des verwendeten statistischen Materials vergleichsweise sicherere Berechnung des Bereiches "Verarbeitendes Gewerbe" berechtigt einen Blick in die tiefere Untergliederung.

Die oben erwähnte verhältnismäßig gute Übereinstimmung der monetären und realen Entwicklung des Beitrages zum Bruttoinlandsprodukt des Bereiches "Übrige Warenproduzierende Bereiche" wird noch übertroffen beim Verarbeitenden Gewerbe allein, also ohne das Baugewerbe, den Bergbau und die Energiewirtschaft. 1959 hat das monetäre Bruttoinlandsprodukt das reale dort um nur 6% überstiegen. In zwei Unterbereichen, nämlich in der Chemischen Industrie und im Bereich "Stahl-, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau", liegt das Volumen der Gütererzeugung um 5% und 4% über dessen Geldwert. Bei den Bereichen "Holz und Papier" und "Textil- und Bekleidungs-gewerbe" dagegen ist der Beitrag zum Brutto-

4) Vgl. Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 268 ff. (Dezember) "Das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins 1950 - 1960"

5) Vgl. Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 4 ff. (Januar)

Der Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins 1959
in jeweiligen Preisen und in Preisen von 1954 nach Unterbereichen

Unterbereich	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1954 ¹		
	Mill. DM	Meßziffer 1950 = 100	Mill. DM	in jeweiligen Preisen = 100	Meßziffer 1950 = 100
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	3 085	268	2 907	94	244
darunter					
Stahl-, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau	579	327	601	104	296
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Metallwarengewerbe, Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren u. ä.	300	345	272	91	267
Chemische Industrie und verwandtes Gewerbe	251	492	264	105	489
Holzbe- und -verarbeitung, Papiererzeugung und -verarbeitung, Druckerei	339	287	287	85	230
Textilgewerbe und Bekleidungsgewerbe (einschl. Ledererzeugung und -verarbeitung)	223	170	193	87	164
Nahrungs- und Genußmittelherstellung	1 135	229	1 073	95	235

1) vorläufige Werte

inlandsprodukt in jeweiligen Preisen überdurchschnittlich stark von Preisfaktoren bestimmt. Ähnliches trifft auch für das Elektrotechnische und Feinmechanische Gewerbe zu, während bei dem größten Unterbereich innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes, der Nahrungs- und Genußmittelherstellung, gemessen an der Preissituation 1954, sich Preiserhöhungen in dem Wert des Beitrages zum Bruttoinlandsprodukt nur durchschnittlich ausgewirkt haben.

Bei einem Vergleich der Meßziffern, die auf dem Jahre 1950 fußen, ist zu berücksichtigen, daß der angesprochene Zeitraum auch die preislich stark bewegten Jahre vor 1954 umfaßt. Die im allgemeinen ausgeglichene Preissituation des Jahres 1954 als Basis für die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen ist dagegen durch außerwirtschaft-

liche Einflüsse in den nachfolgenden Jahren kaum gestört worden. Daraus erklärt sich die gegenüber der monetären Betrachtung höhere Meßziffer des Beitrages zum Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen beim Bereich "Nahrungs- und Genußmittelherstellung", obgleich ihm 1959 real ein niedrigeres Bruttoinlandsprodukt zugerechnet worden ist als in jeweiligen Preisen. Im allgemeinen kann man aber sagen, daß im Verarbeitenden Gewerbe, verglichen mit dem Jahr 1950, die reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber der monetären keine extremen Unterschiede aufweist. Am deutlichsten tritt ein solcher noch bei den Unterbereichen "Elektrotechnik und Feinmechanik" und "Holz und Papier" zutage.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Der Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten 1959 bis 1961

In den drei Jahren 1959, 1960 und 1961 herrschte Hochkonjunktur in Westdeutschland; auf dem Arbeitsmarkt war die Zahl der offenen Stellen größer als die Zahl der Arbeitslosen, und das Volkseinkommen stieg kräftig an. So betrug das Brutto-Sozialprodukt 1961 reichlich ein Drittel mehr als 1958. Die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer in Industrie und Handel erhöhten sich um knapp ein Viertel. Im Zuge dieses wirtschaftlichen Wachstums nahm der private Verbrauch - gesamtwirtschaftlich gesehen - um drei Zehntel zu. Es dürfte sicherlich interessieren, ob und wie sich seine Struktur in diesen Jahren änderte.

Zur Beantwortung dieser Frage sollen die Aufzeichnungen der mittleren Verbrauchergruppe herangezogen werden. Es handelt sich hier um

Der Anstieg der Einkommen, Verbrauchsausgaben und Preise

	1958	1959	1960	1961	Veränd. 1958 gegen 1961 in %
Brutto-Monatsgehalt der männl. Angestellten in Industrie u. Handel in DM	639	668	723	788	+ 23
Brutto-Wochenlohn der männl. Industriearbeiter in DM	116	122	134	147	+ 26
Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes der buchführenden Haushalte ¹ aus Hauptberuf in DM	577	609	658	720	+ 25
Monatliche Verbrauchsausgaben der buchführenden Haushalte in DM	574	602	642	694	+ 21
Preisindex für die Lebenshaltung von mittleren Arbeitnehmer-Haushalten	100	101	102	105	+ 5

1) Mittlere Verbrauchergruppe

Arbeitnehmerhaushalte mit vier Personen, die für die amtliche Statistik laufend Bücher über ihre Einnahmen und Ausgaben führen. Es sind im allgemeinen Eltern mit zwei Kindern, von denen eins noch nicht 15 Jahre alt ist. Diese buchführenden Familien wohnen in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern. Ihre Haushaltsvorstände sind Arbeiter, Angestellte und Beamte, die entweder in der gewerblichen Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst beschäftigt sind.

Haushaltseinkommen

Das durchschnittliche Brutto-Arbeitseinkommen, das die buchführenden Haushaltsvorstände in ihrem Hauptberuf verdienten, belief sich 1958 auf 577 DM. Es steigerte sich in den drei Jahren auf 720 DM. Dieser Anstieg um rund ein Viertel entspricht der allgemein zu beobachtenden Lohn- und Gehaltsentwicklung. Außer dem im Hauptberuf erzielten Verdienst hatten die Arbeitnehmerhaushalte noch 25 DM sonstige Arbeitseinkommen und 73 DM andere Einnahmen, wie z. B. Renten, öffentliche und private Unterstützungen sowie Einnahmen aus eigener Bewirtschaftung. Bei den sonstigen Arbeitseinkommen, die gegenüber dem Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes ziemlich bedeutungslos sind, handelt es sich um gelegentliche Nebenverdienste des Ehemannes oder der Ehefrau sowie um Lehrlingsgelder und Nebenverdienste der Kinder. Es sind also weitgehend zufallsbedingte Einnahmen, deren Veränderungen nicht charakteristisch für die gesamte Entwicklung sind.

Das monatliche Haushaltseinkommen der mittleren Verbrauchergruppe betrug 1961 im Schnitt 818 DM. Hiervon gingen für Steuern und gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen 100 DM (rund 12%) ab, so daß den buchführenden Arbeit-

nehmerhaushalten an ausgabefähigem Einkommen 718 DM verblieben. Im Vergleich zu 1958 hatten diese Haushalte 1961 rund 120 DM mehr auszugeben, das ist immerhin ein Fünftel mehr. Berücksichtigt man aber, daß die Lebenshaltung sich in den drei Jahren um 5% verteuerte, so bleibt - real gesehen - nur eine Aufbesserung des Haushaltseinkommens um etwa 90 DM. Während sich das Brutto-Arbeitseinkommen um ein Viertel erhöhte, verbesserte sich demnach der Lebensstandard infolge der stärkeren Steuerbelastung und des Preisanstiegs nur um etwa ein Siebtel.

Mit dem Zuwachs an Arbeitseinkommen war eine stärkere Belastung der Haushalte durch die Lohnsteuer verbunden. Die dafür abgezogenen Beträge verdoppelten sich in den drei Jahren reichlich. Im Jahre 1958 belief sich die Steuerquote auf 1,9%, 1961 hingegen auf 3,3%. Dies hängt damit zusammen, daß immer mehr Haushalte die Einkommensgrenze erreichen, bei der die Lohnsteuer einsetzt¹. Die durchschnittliche Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge stieg bei weitem nicht so stark an, da ein Teil der Haushalte die Einkommensgrenze der Versicherungspflicht der sozialen Krankenversicherung (660 DM) überschritt. Eine Rolle dabei spielt auch, daß ab September 1961 die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung vorübergehend ausgesetzt wurden.

Die Haushalte können das verfügbare Einkommen sparen oder ausgeben. Im Durchschnitt des Jahres 1961 haben die buchführenden Familien 97% des verfügbaren Einkommens für Käufe von Waren und Dienstleistungen zu Verbrauchszwecken ausgegeben. Aus dem Restbetrag von 24 DM bestritten sie Beiträge zu freiwilligen Versicherungen, wie Kranken-, Lebens-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen. Nur 8 DM können als monatliche Ersparnis angesehen werden.

Die Verbrauchsausgaben im Jahre 1961

Im Jahre 1961 beliefen sich die monatlichen Verbrauchsausgaben der buchführenden Arbeitnehmerhaushalte auf 694 DM. Auf die verschiedenen Ausgabengruppen verteilt sich dieser Betrag folgendermaßen:

Nahrungsmittel	249 DM	oder	36%
Bekleidung	90 "	"	13"
Wohnung	68 "	"	10"
Hausrat	58 "	"	8"
Bildung und Unterhaltung	58 "	"	8"
Getränke und Tabakwaren	48 "	"	7"
Verkehr	36 "	"	5"
Reinigung und Körperpflege	33 "	"	5"
Heizung und Beleuchtung	31 "	"	5"
Sonstige Ausgaben	23 "	"	3"

1) 600 DM für Verheiratete mit zwei abhängigen Kindern und nicht berufstätiger Ehefrau

Das monatliche Haushaltseinkommen und seine Verwendung

	1958	1959	1960	1961	Veränd. 1961 gegen 1958 in %
	DM				
Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes aus Hauptberuf	577	609	658	720	+ 25
Sonstige Arbeitseinkommen	35	37	34	25	- 28
Andere Einnahmen	62	63	67	73	+ 18
Einnahmen insgesamt	674	709	759	818	+ 21
- Gesetzliche Versicherungen	65	69	74	75	+ 15
- Steuern	11	9	15	24	+113
Ausgabefähige Einnahmen	597	631	670	718	+ 20
- Ersparnisse ¹	23	29	29	24	+ 5
Verbrauchsausgaben	574	602	642	694	+ 21

1) Beiträge zu freiwilligen Versicherungen sowie Überschüsse der Barbestände am Ende des Monats, der Einzahlung auf Konten und der Rückzahlung von Schulden über die Barbestände am Anfang, die Abhebungen von Konten, die Aufnahme von Schulden und die Einnahmen aus Verkauf und Tausch

Reichlich ein Drittel aller Verbrauchsausgaben wurde für den Einkauf von Nahrungsmitteln verwendet. Von den 249 DM, die monatlich für Nahrungsmittel ausgegeben wurden, entfielen auf die einzelnen Waren folgende Anteile:

Fleisch und Fleischwaren	66 DM	oder	27%
Brot und Backwaren	30 "	"	12"
Obst und Obstkonserven	21 "	"	8"
Milch	19 "	"	8"
Zucker und andere Süßwaren	17 "	"	7"
Gemüse und Gemüsekonserven	14 "	"	6"
Butter	13 "	"	5"
Eier	12 "	"	5"
Fette ohne Butter	11 "	"	5"
Nährmittel, Hülsenfrüchte und Suppen	11 "	"	5"

Die restlichen 13% entfallen auf Käse, Fische und Fischwaren sowie Kartoffeln, fertige Mahlzeiten und sonstige Nahrungsmittel. Erwähnenswert ist, daß die buchführenden Arbeitnehmerfamilien 1961 für alkoholische Getränke monatlich 1,60 DM mehr ausgaben als für Milch. Hierbei darf nicht vergessen werden, daß es sich um Eltern mit zwei Kindern handelt, von denen eins jünger als 15 Jahre ist. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß diese Haushalte, die sich freiwillig an der Erhebung beteiligen, durchweg zu einem vernünftigen Konsumverhalten neigen und im Genußmittelverbrauch unter dem Durchschnitt liegen.

Die Hälfte der monatlichen Ausgaben für Bekleidung diente der Anschaffung von Oberbekleidung (44 DM). Unterkleidung wurde für 16 DM im Monat angeschafft und Schuhe nebst Zubehör für 15 DM. Die restlichen 14 DM wurden für sonstigen Bekleidungsbedarf und Reparaturen aufgewendet.

Nach der Nahrung und Bekleidung rangiert bei den Ausgaben die Wohnung an dritter Stelle. Für die Wohnung mußten 1961 im Schnitt 68 DM aufgewendet werden (netto; von den Ausgaben für Miete und Wohnungsreparaturen wurden die Einnahmen aus Untervermietung abgesetzt).

Annähernd die Hälfte der Ausgaben für Hausrat entfiel auf die Anschaffung von Möbeln und Einrichtungsgegenständen. Für die nächst größeren Beträge wurden elektrotechnische Geräte (11%), sonstige Haus- und Gartengeräte (15%) sowie Gardinen, Teppiche, Betten und Decken (13%) angeschafft. Die Reparaturen machten indessen nur knapp 4% des gesamten Hausrataufwandes aus.

Für Bildung und Unterhaltung gaben die Haushalte genauso viel aus wie für Hausrat, durchschnittlich 58 DM im Monat. Dieser hoch anmutende Betrag verwundert nicht mehr, wenn man sich klarmacht, was alles zu diesem Sammelbegriff gerechnet wird. Es gehören dazu die Ausgaben für Schulgeld, Schulbücher, Studiengeld, Tanzunterricht, Fahrschule, Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Schreibbedarf,

kleinere Musikinstrumente, Fotoartikel, Briefmarken, Hunde-, Katzen- und Vogelhaltung, Kinderspielsachen, Fern- und Operngläser, kirchliche Zwecke, Ferien und Erholung, Sport, Theater, Konzert, Kino und sonstige Vergnügen (wie Eintrittskarte zum Zirkus, Spielverluste, Toto, Lotto, Anschaffung eines Weihnachtsbaums und Spiele für Erwachsene), außerdem Vereins- und Verbandsbeiträge sowie Gebühren im weitesten Sinne (Porto, Telefon, Rundfunk, Fernsehen, Kosten für Standesamt, Gericht, Zoll, Paß und Visum, Bankspesen und -gebühren).

Von den 48 DM monatlich für Getränke und Tabakwaren wurden 21 DM für alkoholische Getränke, 11 DM für Bohnenkaffee und echten Tee und 14 DM für Tabak und Tabakwaren ausgegeben. Die restlichen 2 DM stellen kleinere Wirtshausausgaben dar.

Die Ausgabengruppe Verkehr hat sich in den letzten Jahren prozentual am stärksten vergrößert. 1961 verbrauchten die buchführenden Familien dafür monatlich 36 DM. Dazu gehören die Fahrkarten für öffentliche Verkehrsmittel, die Anschaffung von Fahrrädern, Motorrädern und Autos, die Unterhaltungskosten von privat-eigenen Kraftfahrzeugen und die Kosten für das Mieten von Kraftfahrzeugen sowie andere Verkehrsausgaben wie Bahnfrachten, Lohnfahrten und Bahnsteigkarten.

Von den Ausgaben für die Reinigung und Körperpflege, die sich auf 33 DM beliefen, wendeten die buchführenden Familien zwei Drittel für ihre Körper- und Gesundheitspflege und ein Drittel für die Reinigung ihrer Kleidung, Wohnung und Einrichtung auf.

Die Heizung und Beleuchtung kostete die Haushalte 1961 monatlich im Mittel 31 DM.

Zu den sonstigen Ausgaben, die sich im Monat durchschnittlich immerhin auf 23 DM beliefen, gehören Aufwendungen für eigene Bewirtschaftung und eigene Häuser, Auslagen für Unterstützungen und Geschenke sowie Verluste und Verschiedenes (Beerdigungskosten, Gräberpflege, Rechtsanwaltskosten, Zinsen für Darlehen).

Änderung der Verbrauchsstruktur

In der nachstehenden Tabelle sind die Verbrauchsausgaben der Jahre 1958 bis 1961 mit den Preisen des Jahres 1958 bewertet. Hierdurch wird die unterschiedliche Preisentwicklung ausgeklammert und man kann somit ablesen, wie sich die Struktur des Verbrauchs in den drei Aufschwungsjahren verschoben hat.

Am meisten fällt das starke Anwachsen der Verkehrsausgaben auf; sie vergrößerten sich in den drei Jahren um drei Fünftel. Die zusätz-

Die monatlichen Verbrauchsausgaben je Haushalt
in konstanten Preisen des Jahres 1958

Ausgabengruppe	1958	1959	1960	1961	Veränd. 1961 gegen 1958 in %	1958	1961
	DM					%	
Nahrungsmittel	219	227	238	244	+ 12	39,2	37,8
Getränke u. Tabak- waren	39	40	43	49	+ 26	6,9	7,6
Heizung und Beleuch- tung	27	27	28	30	+ 12	4,8	4,7
Wohnung ¹	53	57	59	59	+ 12	9,5	9,2
Hausrat	48	50	51	58	+ 21	8,6	8,9
Bekleidung	76	79	83	86	+ 14	13,6	13,3
Reinigung u. Körper- pflege	25	28	30	32	+ 25	4,6	4,9
Bildung u. Unterhal- tung	50	51	51	53	+ 6	9,0	8,3
Verkehr	21	21	29	34	+ 60	3,8	5,3
Lebenshaltungsaus- gaben insgesamt	557	580	612	645	+ 16	100	100
Sonstige Ausgaben	17	19	20	22	+ 27	3,1	3,4
Verbrauchsausgaben insgesamt	574	599	632	667	+ 16	.	.

1) Einnahmen aus Untervermietung abgesetzt

lichen Geldmittel aus dem steigenden verfügbaren Einkommen erlaubten es den buchführenden Familien, mehr für die Anschaffung und Unterhaltung eigener Kraftfahrzeuge auszugeben. In den drei Jahren hat sich dieser Ausgabenposten mehr als verdoppelt, während sich die Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel nur um ein Sechstel ausdehnten. Der Bestand an Personenkraftwagen hat sich in dieser Zeit bekanntlich sehr kräftig erweitert. So hatten Mitte 1958 rund 950 000 Arbeiter und Angestellte ein eigenes Auto. Bis Mitte 1961 stieg die Zahl der Pkw-Besitzer unter den Arbeitern und Angestellten auf 2,3 Millionen.

Die nächst größte Ausgabenbelegung war bei den Getränken und Tabakwaren zu beobachten. Danach folgen die Ausgaben für Reinigung und Körperpflege. Die "Freiwelligkeit" und die "Bekleidungsquelle" sind inzwischen ausgelaufen. Jetzt werden beim Verbrauch der mittleren Arbeitnehmerhaushalte deutlich Anzeichen sichtbar, die charakteristisch sind für das Konsumverhalten in Ländern mit hohem Lebensstandard wie den USA und Schweden. Dazu gehören die Unterhaltung eines eigenen Autos, der Wohlstandsalkoholismus, die erhöhte Inanspruchnahme von Dienstleistungen, insbesondere der Friseure, der Wäschereien und Reinigungsanstalten sowie der vermehrte Kauf von Körperpflegemitteln, Kosmetika u.ä. Ein weiteres Kennzeichen des wachsenden Lebensstandards ist die Tatsache, daß man auch die Dienstleistungen der Ärzte häufiger beansprucht.

Wenn es den Menschen finanziell besser geht, leisten sie es sich eher einmal, zum Arzt zu gehen und krank zu sein, als wenn sie jeden Pfennig nötig gebrauchen. Diese Beobachtung wird durch die Ergebnisse der Statistik der sozialen Krankenversicherung bestätigt, aus der hervorgeht, daß von Jahr zu Jahr auf 100 Versicherte mehr Kranke kommen.

Überdurchschnittlich ausgedehnt haben sich auch die Verbrauchsausgaben für Hausrat. Dabei haben vor allem die Anschaffungen von Möbeln und Einrichtungsgegenständen zugenommen. In unserer konsumorientierten Wohlstandsgesellschaft hat die Wohnungseinrichtung - wozu im weitesten Sinne auch der Fernsehapparat, der Kühlschrank und die Waschmaschine zählen - ähnlich wie das Auto neben dem Gebrauchsnutzen einen mehr oder weniger starken Geltungsnutzen.

Nach dem Engelschen Gesetz nehmen die Nahrungsmittelausgaben mit steigendem Einkommen absolut zu, relativ aber ab. Diese Gesetzmäßigkeit kann man aus der Tabelle ablesen. Der absolute Ausgabenbetrag hat sich von 219 DM auf 244 DM (in Preisen von 1958) erhöht, der Anteil der Nahrungsmittelausgaben an den gesamten Verbrauchsausgaben ist hingegen von 39,2% auf 37,8% gesunken. 1950 hatte dieser Anteil noch 48,9% betragen.

Erstaunlich ist, daß sich bei ständig zunehmender Freizeit, die Ausgaben für Bildung und Unterhaltung in den drei Aufschwungsjahren relativ geringfügig erhöht haben. Hierbei spielt sicher eine Rolle, daß die Anschaffung von Fernsehgeräten zur Ausgabengruppe "Hausrat" und nicht zur Gruppe "Bildung und Unterhaltung" gezählt wird. So ist der Rückgang des Kinobesuchs und anderer Arten von Freizeitkonsum, infolge zunehmender Beliebtheit des Fernsehens, zu Lasten der Gruppe Bildung und Unterhaltung gegangen, während die Anschaffung der Fernsehgeräte der Gruppe Hausrat zugute kam. Es könnte sein, daß bei anhaltendem wirtschaftlichen Wachstum die Ausgaben für Bildung und Unterhaltung nachziehen. Der "Hobbyismus" und die Verbreitung der Do-it-yourself-Bewegung könnten dazu beitragen.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Der Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten 1958", "Der private Verbrauch im Jahre 1959" und "Der Verbrauch in Haushalten von Renten- und Fürsorgeempfängern" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 52 (März), 1961, S. 39 (Februar) bzw. 1962, S. 90 (März) sowie "Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten 1961" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 239 (April)

Über die Einzelhandelsstatistik 1960

In der Einzelhandelsstatistik werden monatlich der Umsatz und die Zahl der Beschäftigten von einer Anzahl von Unternehmen des Einzelhandels erfragt. Aus diesen Angaben werden Meßzifferreihen der Umsatzentwicklung errechnet und für einige größere Wirtschaftsklassen und den gesamten Einzelhandel veröffentlicht. Außer diesen monatlichen Ermittlungen werden einmal jährlich Angaben über den Nettoumsatz, die Wareneinkäufe und den Lagerbestand erbeten. Dieser Teil der Statistik läuft bereits mehrere Jahre. Bislang sind aber Landesergebnisse nicht veröffentlicht worden, da wie in allen Statistiken Anlaufschwierigkeiten zu überwinden waren, die sich hauptsächlich in nur teilweisem Rücklauf der Fragekarten und im Mißverstehen der Fragen äußerten. Da nur einmal jährlich gefragt wird, brauchte das Einspielen entsprechend lange Zeit. Diese Schwierigkeiten sind heute in ausreichendem Maße behoben. Die Bedenken, die gegen eine Veröffentlichung bestehen, gelten aber nach wie vor.

Der Statistiker steht immer wieder vor der Tatsache, daß das Erfragbare nicht zugleich das Erfragenswerte ist. Er muß sich mit Angaben begnügen, die der Befragte zur Hand hat, etwa die für das Finanzamt erstellten Umsatzangaben oder die bei der Inventur ermittelten Lagerbestände. Auch wenn ein anderer Umsatzbegriff richtiger für betriebswirtschaftliche oder wirtschaftspolitische Betrachtungen ist, muß er sich bescheiden und das nehmen, was erreichbar ist. Dieses Erreichbare ist oft aber von Betrieb zu Betrieb etwas anderes. Besonders die kleinen Betriebe haben nur wenige Angaben, bei denen oft auch die Preisbewertung nicht einheitlich ist. Bei den Einstandspreisen werden z. B. Frachten, Rabatte und ähnliches nicht berücksichtigt, sondern gesondert abgerechnet. Große Unternehmen könnten oft mehr bieten, etwa bessere Angaben über die Lagerbewegung als nur den Bestand zum Jahreswechsel. Der Statistiker ist aber gezwungen, einen Mittelweg zu suchen.

So wurde für die Jahrerhebung der Nettoumsatz erfragt. Im Gegensatz zu dem monatlich erfragten Bruttoumsatz ist dies der Gesamtumsatz einschließlich der steuerfreien und steuerbegünstigten Umsätze, jedoch abzüglich der Einnahmen aus Vermietung, der Erlöse aus dem Verkauf von Anlagevermögen sowie der gewährten Rabatte und der Retouren. Die ebenfalls erfragten Wareneinkäufe und die Lagerbestände zu Ende des Kalenderjahres waren zu Einstandspreisen zu bewerten, d. h. zuzüglich von Beschaffungskosten wie Fracht, Anfuhr, Zoll usw., jedoch abzüglich von Rabatten, Retouren,

Preisnachlässen. Nicht abzusetzen waren Skonti. Man muß sich darüber im klaren sein, daß eine Reihe von Betrieben nicht in der Lage ist, genau die gewünschten Angaben zu geben, sondern nur ähnliche, die sich durch etwas andere Begriffsbildung unterscheiden.

Zu diesem allgemeinen statistischen Übel der Ungenauigkeit in der Beantwortung von Fragen kommt eine weitere Schwierigkeit in der Abgrenzung der Wirtschaftsklassen. Der Betrieb, der nur Einzelhandel in einer bestimmten Wirtschaftsklasse betreibt, etwa Einzelhandel mit Milch, Butter, Käse und Eiern oder mit Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten, wird immer seltener. Das Sortiment wird immer breiter durch Hinzunehmen von Waren benachbarter Branchen. Das geht so weit, daß Strümpfe in Lebensmittelgeschäften oder Obst in Drogerien auftauchen. Es wird damit immer schwieriger und fragwürdiger, ein Geschäft eindeutig einer Wirtschaftsklasse zuzuordnen. Aber nicht nur durch Sortimentserweiterung entstehen Mischbetriebe, sondern auch durch Übernahme von Funktionen des Großhandels oder der Handelsvermittlung. Auch Dienstleistungen wie Leihbücherei oder Lottoannahme, werden von Einzelhandelsbetrieben ausgeübt. Damit wird der Schwerpunkt, nach dem die Wirtschaftsklasse bestimmt wird, immer weniger ausgeprägt. Zum Teil haben die Betriebe auch Funktionen des Einzelhandels aufgegeben. So werden z. B. die Verkaufsmengen schon durch den Hersteller abgepackt. Selbstbedienung oder Werbung für Markenartikel durch den Erzeuger entlasten ebenfalls den Einzelhandel. Die in einer Wirtschaftsklasse zusammengefaßten Betriebe bieten also ein buntes Bild. Sie unterscheiden sich in der Größe, dem Sortiment und den Handelsfunktionen, z. T. auch in den Nebenbetrieben. Voraussetzung jeder Statistik ist aber die Zusammenfassung möglichst ähnlicher Einheiten, um aussagekräftige Werte zu erhalten. Der Vergleich von Durchschnittswerten mit einem Einzelfall ist entscheidend von der Ähnlichkeit abhängig. Aber auch Aussagen über Gruppen hängen in ihrem Wert von der Homogenität der Gruppe ab.

Mag man sich mit diesem Problem bei Vollerhebungen noch abfinden, da hier jeder Betrieb irgendwo im Ergebnis erscheint, so gewinnt es bei einer Stichprobenerhebung, wie es die Einzelhandelsstatistik ist, überragende Bedeutung. Eine Gruppe kann in einer Stichprobe durch um so weniger Elemente dargestellt werden, je homogener sie ist. Je mehr individuelle Züge die Betriebe zeigen, um so größer ist die Gefahr, daß sie das Stichprobenergebnis in der einen oder anderen Richtung beeinflussen. Das sei

am Beispiel der Betriebsgröße erklärt. Nimmt man in die Stichprobe einer kleinen Wirtschaftsklasse von den drei vorhandenen Großunternehmen mit Umsätzen über 1 Million DM im Jahr eines hinein, so ist das Gewicht dieser Unternehmen in der Stichprobe viel zu groß, nimmt man keines, so werden einige Millionen DM Umsatz überhaupt nicht repräsentiert. Das Heilmittel ist eine sehr umfangreiche Stichprobe. Es ist aber oft aus Kostengründen nicht anwendbar.

Als Faustregel kann man sagen, daß 100 Betriebe zusammengefaßt werden müssen, um einen aussagefähigen Wert zu ergeben. Nur bei hinreichender Homogenität der Gruppe kann man auch mit 50 Betrieben auskommen. Die Tabelle zeigt, daß selbst dieser Wert nur in 3 Wirtschaftsklassen erreicht wird. Es sind dies "Lebensmittel aller Art", "Textilien aller Art" und Gemischtwarengeschäfte, alles Klassen, die ihre Größe ihrer Inhomogenität als Sammelposition verdanken. Strengen Maßstäben genügt also die gesamte Tabelle nicht. Wenn das Amt sich trotzdem zu ihrer Veröffentlichung entschließt, so war hierfür der Gedanke maßgebend, daß versucht werden mußte, möglichst auch für das Land ein Ergebnis zu gewinnen, da die Einzelhandelsstatistik als Bundesstatistik nun einmal durchgeführt werden muß und die Kosten hierfür zwangsläufig entstehen. Dies Ergebnis kann nach Lage der Dinge nur mager sein. Bei seiner Bedeutung muß man die eben

geschilderten Bedenken im Auge behalten und darf nur sehr vorsichtig Schlüsse ziehen.

In der Tabelle sind die Jahresumsätze 1960 und ihre Zunahme gegenüber dem Vorjahre angegeben. Ihnen sind die Wareneinkäufe mit den entsprechenden Änderungen gegenübergestellt. Während die Umsätze auf den Verkaufspreisen basieren, sind die Einkäufe zu Einstandspreisen bewertet. Als dritte Größe ist der durchschnittliche Lagerbestand zu Einstandspreisen angeführt. Er ist aus nur zwei Stichtagen gemittelt. Das ist zweifellos nur ein Behelf. Saisonbewegungen des Lagers und nur kurzfristige Erscheinungen, wie sie besonders leicht bei hoher Umschlaghäufigkeit auftreten können, werden dabei nicht berücksichtigt.

Besonders interessant sind die Änderungen des Lagerbestandes. Sie sind aber nicht leicht zu analysieren, da sie durch viele Faktoren beeinflusst werden. Schneller Wechsel der Mode oder technische Fortschritte zwingen zu kleiner Lagerhaltung, Erweiterung des Sortiments zieht eine Vergrößerung nach sich. Änderungen der Lieferfristen, zu erwartende Preisänderungen und der voraussichtliche Umsatz bestimmen die Lagerhaltung mit. Schließlich schlagen sich auch Fehldispositionen im Einkauf hier nieder.

Änderungen des Jahresumsatzes, der Wareneinkäufe und des Lagerbestandes stehen zueinander in sinnvoller Beziehung. So wird es im

Umsätze, Wareneinkäufe, Lagerbestände, Rohtragsquoten und Beschäftigte im Einzelhandel

— Durchschnitte je Unternehmen —

Wirtschaftsklasse	Anzahl der Unternehmen	Jahresumsatz		Wareneinkäufe		Lagerbestand		Wareneinsatz ² 1 000 DM	Umschlagshäufigkeit im Jahre ³ 1960	Rohtragsquote ⁴	Beschäftigte	Umsatz je Beschäftigten in 1 000 DM
		1960	Änd. geg. 1959 in %	1960	Änd. geg. 1959 in %	Ø 1960 ¹	Änd. 31.12.1960 geg. 31.12.1959 in %					
		1 000 DM		1 000 DM		1 000 DM						
Gemischtwarengeschäfte	74	181	+ 7	149	+ 7	20	+ 4	148	7	18	3,2	57
Lebensmittel aller Art	126	303	+ 7	253	+ 9	21	+ 10	252	12	17	5,3	57
Obst, Gemüse, Südfrüchte	36	125	+ 3	96	+ 1	5	+ 8	97	21	23	3,3	38
Fische u. Fischwaren	24	117	+ 5	84	+ 6	3	+ 6	84	28	28	3,8	31
Milch und Milch-erzeugnisse	44	215	+ 2	180	+ 2	7	+ 4	179	27	17	3,2	67
Tabakwaren	30	130	+ 8	110	+ 8	14	+ 9	109	8	16	1,7	76
Textilwaren aller Art	68	1 348	+ 8	958	+ 6	246	+ 3	950	4	30	35,5	38
Oberbekleidung	35	1 432	+ 8	975	+ 6	247	- 3	981	4	32	33,2	43
Schuhwaren	25	445	+ 12	334	+ 10	98	- 1	334	3	25	8,8	51
Eisenwaren und Küchengeräte	29	762	+ 9	571	+ 9	125	+ 8	562	4	26	16,3	47
Möbel	32	972	+ 7	688	+ 10	141	+ 9	676	5	30	13,6	71
Papier- u. Schreibwaren	32	131	+ 10	92	+ 4	27	+ 14	88	3	33	4,6	29
Apotheken	20	399	+ 4	255	+ 1	38	+ 12	250	7	37	8,4	48
Drogerien	38	146	+ 4	101	- 2	28	+ 7	99	4	32	4,7	31
Fahrräder, Krafträder u. Zubehör	22	126	+ 3	92	- 1	26	+ 2	92	4	28	3,7	34
Kraftwagen u. Zubehör	33	4 311	+ 19	3 447	+ 19	219	+ 24	3 400	16	21	61,3	70
Uhren, Gold- u. Silberwaren	22	196	+ 15	122	+ 21	65	+ 12	115	2	41	4,6	43
Brennmaterial	34	284	+ 2	213	+ 1	18	- 8	215	12	24	4,9	58

1) Mittel aus den Beständen am 31. 12. 1959 und 31. 12. 1960 2) Lagerbestand am Jahresanfang plus Wareneinkäufe minus Lagerbestand am Jahresende 3) Wareneinsatz geteilt durch durchschnittlichen Lagerbestand 4) Jahresumsatz minus Wareneinsatz in % des Jahresumsatzes

allgemeinen zu einer Erhöhung des Lagerbestandes führen, wenn die Einkäufe stärker ansteigen als die Umsätze. Solche Beziehungen gelten aber nicht streng, da schon die Ausgangszahlen nach Zeitpunkt und Preisbewertung nicht voll miteinander vergleichbar sind. Auch ist der durchschnittliche Lagerbestand in Branchen mit hoher Umschlagshäufigkeit aus 2 Stichtagen nicht genau genug ermittelt.

Aus den Wareneinkäufen und der Zu- oder Abnahme des Lagerbestandes ergibt sich der Wareneinsatz, der ebenfalls zu Einstandspreisen bewertet ist. Dividiert man den Wareneinsatz durch den durchschnittlichen Lagerbestand, so erhält man die Umschlagshäufigkeit, mit der das Lager im Laufe des Jahres umgeschlagen wird. Sie gibt eine Vorstellung über die Ausnutzung des im Lager investierten Kapitals und über die Möglichkeit, den Lagerbestand kurzfristig zu ändern. Es ist auch sinnvoll, den reziproken Ausdruck zu bilden und den Lagerbestand in Prozent des Wareneinsatzes darzustellen. Es ist dann zu übersehen, für welche Zeit der Warenvorrat reicht.

Die Differenz zwischen Wareneinsatz und Jahresumsatz ist der Rohertrag (Handelsspanne). Er ist keineswegs mit dem Gewinn identisch, sondern aus dem Rohertrag müssen zunächst die Kosten bestritten werden, ehe der Reingewinn übrigbleibt. Zu den Kosten gehören die Aufwendungen für Personal, Geschäftsraummiete, Inventar, Verpackungsmaterial, Werbung und Kraftfahrzeuge. Auch Kapitalzinsen, Steuern, kalkulatorisches Entgelt für die Tätigkeit des Unternehmers und der mithelfenden Familienangehörigen müssen gedeckt werden. Den Rohertrag kann man in Prozent des Jahresumsatzes ausdrücken, als Rohertragsquote. Es ist dann der Teil des Jahresumsatzes, der für Kostendeckung und Gewinn bleibt, während der andere Teil der Warenbeschaffung dient. Bezieht man den Rohertrag auf den Wareneinsatz, so erhält man den Kalkulationsaufschlag, das ist der durchschnittliche Aufschlag auf den Einstandspreis, der für Kostendeckung und Gewinn nötig ist.

In der Tabelle ist schließlich die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten je Betrieb und der Umsatz je Beschäftigten angegeben. Die Zahlen zeigen charakteristische Unterschiede. Wegen des hohen Anteils der Personalkosten an den Gesamtkosten stehen sie in enger Beziehung zu den Rohertragsquoten.

Die in der Tabelle angegebenen absoluten Zahlen sind Durchschnitte je Unternehmen. Sie beziehen sich nur auf die in der Statistik erfaßten Unternehmen und sind nicht etwa gleich den Durchschnitten aus der Gesamtzahl der vorhandenen Betriebe. Das Hauptziel der Einzelhandelsstatistik ist nämlich nicht die Erstel-

lung von Betriebsdaten, sondern die kurzfristige Beobachtung der Umsatzentwicklung im Einzelhandel. Dazu ist es wünschenswert, einen möglichst großen Teil des Gesamtumsatzes zu erfassen. Dies geschieht am besten, wenn man in erster Linie die größten Unternehmen heranzieht. Dadurch wird der Aufwand für die Befragung gering gehalten bei einem möglichst großen erfaßten Umsatzanteil.

Die in der Tabelle genannten absoluten Zahlen liegen also über den Durchschnitten, die sich für alle Betriebe der betreffenden Wirtschaftsklasse ergeben würden. Sie sind hier genannt, um dem Leser eine Vorstellung über die durchschnittliche Größe der erfaßten Unternehmen zu geben und ihn instand zu setzen, weitere Beziehungen zwischen den Zahlen sich selbst zu errechnen. Die Relationen zwischen den in der Tabelle aufgeführten Zahlen haben nämlich über die Größenklassen der erfaßten Unternehmen hinaus Bedeutung, wie es auch für die monatliche Umsatzentwicklung der in der Einzelhandelsstatistik beobachteten Unternehmen zutrifft.

Will man sich über die Umsätze aller vorhandenen Unternehmen und deren Entwicklung unterrichten, so muß man auf die Umsatzsteuerstatistik zurückgreifen. Abgesehen von den ganz kleinen Betrieben erfaßt sie alle Unternehmen. Dadurch bleiben die dort ermittelten Umsätze je Unternehmen wesentlich niedriger, als es in der Tabelle dieses Aufsatzes der Fall ist. Dies sei an einem besonders deutlichen Beispiel klargemacht. In der Tabelle beträgt der durchschnittliche Jahresumsatz je Unternehmen in der Wirtschaftsklasse "Kraftwagen und Zubehör" 4,3 Mill. DM, nach der Umsatzsteuerstatistik (278 Steuerpflichtige mit 349 Mill. DM Umsatz) jedoch 1,25 Mill. DM. Worauf dieser Unterschied beruht, zeigt die Gegenüberstellung der Anzahl der Betriebe innerhalb der einzelnen Größenklassen:

Jahresumsätze von ... bis ... DM	In der Einzelhandels- statistik erfasste Unternehmen	Laut Umsatz- steuerstatistik vorhandene Unternehmen
8 500 bis 100 000	1	46
100 000 bis 500 000	3	95
500 000 bis 1 Mill.	5	46
über 1 Mill.	24	91

Gesamtumsätze aller Unternehmen und die langfristige Entwicklung werden durch die Umsatzsteuerstatistik geboten. Die Einzelhandelsstatistik ist eine Schnellstatistik, die von Monat zu Monat die kurzfristige Entwicklung darstellt. Diese Schnelligkeit geht natürlich auf Kosten der Genauigkeit, die in einer Stichprobenerhebung meist nicht so groß ist wie in einer Vollenerhebung. Vergleiche der Jahresumsätze aus

der Einzelhandelsstatistik haben deshalb vorläufigen Charakter. Die Umsatzänderungen in der vorliegenden Tabelle beziehen sich nur auf die in der Jahreserhebung der Einzelhandelsstatistik erfaßten Unternehmen; die Umsätze

und ihre Veränderungen sollen die Unternehmen charakterisieren und dadurch das Verständnis der übrigen Spalten vertiefen.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Die Einzelhandelsumsätze 1961

Die Umsatzentwicklung im Einzelhandel ist 1961 zufriedenstellend gewesen. In allen Bereichen wurden höhere Umsätze als im Vorjahr erzielt, die allerdings zum Teil durch Preissteigerungen mitverursacht worden sind. Die Preise erhöhten sich 1961 stärker als im Vorjahr, und zwar besonders in der zweiten Jahreshälfte. Vor allem Haushaltsgegenstände und Bekleidung verteuerten sich, während bei den Nahrungsmitteln insgesamt nur geringfügige Preisänderungen eintraten. Aber auch ein Vergleich der preisbereinigten Umsätze ergibt für 1961 höhere Werte als im Vorjahr. Die Nachfrage hat sich wieder stärker als 1960 auf Textil- und Haushaltswaren verlegt.

Der günstige Umsatzverlauf ist jedoch kein Maßstab für die Entwicklung der Ertragslage. Dazu bedürfte es einer Gegenüberstellung mit der Kostenentwicklung, die ebenfalls steigende Tendenz hat. Wie andere Wirtschaftsbereiche

steht auch der Einzelhandel vor der Aufgabe, die Kostensteigerungen vor allem bei den Löhnen und Gehältern durch Rationalisierungsmaßnahmen aufzufangen. Die Möglichkeiten hierzu sind jedoch beim Handel enger als in Produktionsbetrieben. Das Selbstbedienungsprinzip hat sich vorläufig fast nur in der Lebensmittelbranche durchgesetzt und bedingt eine gewisse Kapazitätsgröße. Ein Zeichen für die Verschärfung der Wettbewerbssituation im Einzelhandel ist die 1961 auffallend gestiegene Zahl der Firmen, die in Zahlungsschwierigkeiten gekommen sind.¹ Es handelt sich dabei vorwiegend um kleinere Betriebe der Lebensmittelbranche, die außer den Kostensteigerungen auch die Konkurrenz der Warenhäuser mit ihren zu "Supermärkten" ausgebauten Lebensmittelabteilungen zu spüren bekommen haben dürften. Es muß aber betont werden, daß die Anzahl der in Zahlungsschwierigkeiten gekommenen Betriebe, absolut gesehen gering ist.

Die Veränderungen der Einzelhandelsumsätze gegenüber dem Vorjahr in %

Warenbereich	Schleswig-Holstein					Bundesgebiet ¹ ohne Berlin				
	1957	1958	1959	1960	1961	1957	1958	1959	1960	1961
Nahrungs- und Genußmittel	+ 6	+ 5	+ 7	+ 6	+ 7	+ 7	+ 5	+ 6	+ 6	+ 7
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	+ 12	+ 0	- 2	+ 8	+ 12	+ 9	+ 1	+ 3	+ 9	+ 11
Hausrat und Wohnbedarf	+ 17	+ 11	+ 3	+ 7	+ 11	+ 10	+ 6	+ 6	+ 8	+ 9
Sonstige Waren	+ 11	+ 13	+ 5	+ 8	+ 9	+ 8	+ 7	+ 6	+ 11	+ 10
Einzelhandel insgesamt	+ 10	+ 6	+ 4	+ 7	+ 9	+ 8	+ 5	+ 5	+ 9	+ 10

1) Quelle: Statistisches Bundesamt

Den Umsatzverlauf des Einzelhandels in den letzten Jahren zeigt die Tabelle. Die Verlangsamung der Umsatzerhöhungen, die nach 1957 beobachtet wurde, scheint überwunden. In den einzelnen Warenbereichen ergeben sich gewisse Unterschiede in der Umsatzentwicklung, da sich die Nachfrage nicht gleichmäßig erhöht hat. Den geringsten Schwankungen war der Lebensmittelhandel ausgesetzt, dessen Umsätze seit 1957 jährlich um 5 - 7% anstiegen. Dagegen mußte der Handel mit Bekleidung und Schuhen

nach der sehr lebhaften Nachfrage bis 1957 stagnierende und sogar rückläufige Umsätze hinnehmen. Ab 1960 hat sich jedoch der Absatz dieser Güter wieder ausgedehnt und 1961 lag die Umsatzausweitung in diesem Geschäftsbereich sogar wieder über dem Durchschnitt des gesamten Einzelhandels. Ein Teil der Umsatzerhöhung ist aber durch Preiserhöhungen verursacht, wie schon ausgeführt.

1) siehe Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 185 (Juni)

Die Umsatzentwicklung zu konstanten Preisen

Warenbereich	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
	1960	1961
Nahrungs- und Genußmittel	+ 6	+ 6
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	+ 7	+ 9
Hausrat und Wohnbedarf	+ 6	+ 7
Sonstige Waren	+ 7	+ 6
Einzelhandel insgesamt	+ 6	+ 7

Die Geschäfte, die Haushaltsgegenstände und Wohnbedarf führen, haben 1961 ebenfalls eine überdurchschnittliche Erhöhung ihrer Umsätze zu verzeichnen, wenngleich die Zuwachsrate von 1957 nicht wieder erreicht wurde. Auch in diesem Bereich haben Preiseinflüsse einen Teil der Umsatzsteigerung bewirkt, so daß der mengenmäßige Umsatzzuwachs nur geringfügig von dem des Vorjahres abweicht.

Bei den übrigen Waren war insgesamt der Umsatzverlauf zufriedenstellend, da 1961 eine höhere Zuwachsrate als in den beiden vorangegangenen Jahren erzielt wurde. Wegen der Vielzahl der Waren, die in diesem Bereich zusammengefaßt sind, ist die Durchschnittsentwicklung jedoch wenig aussagefähig; weiter unten wird auf die Entwicklung der einzelnen Geschäftszweige noch besonders eingegangen.

Ein Vergleich mit dem Verlauf der Einzelhandelsumsätze im Bundesgebiet ergibt nur geringfügige Abweichungen. So ist 1961 der Umsatzzuwachs im gesamten Einzelhandel in Schleswig-Holstein etwas niedriger gewesen. Im Bundesgebiet erreichten die Firmen der Bekleidungs- und Hausratsbranche nicht ganz den Umsatzzuwachs der schleswig-holsteinischen Firmen, während die Entwicklung beim Nahrungsmittelhandel gleich, beim Handel mit sonstigen Waren im Bundesgebiet günstiger war.

In den einzelnen Geschäftszweigen ergaben sich auch 1961 wieder stärkere Abweichungen. Beim Lebensmitteleinzelhandel ist der Absatz von Lebensmitteln aller Art in den letzten Jahren recht stetig gestiegen. Bei Obst und Gemüse zeichnen sich dagegen größere Schwankungen ab, die abhängig sind von den jährlichen Erntergebnissen und den daraus sich ergebenden Preisänderungen. Der Fischkonsum hat sich 1961 nur noch wenig erhöht, was umso erstaunlicher ist, als Fisch zu den preisgünstigsten Nahrungsmitteln gehört. Der Tabakhandel hatte seit 1958 ständig über dem Durchschnitt der Nahrungs- und Genussmittel liegende Umsatzsteigerungen. Auch 1961 liegt er mit einer Steigerung von 11% an der Spitze, wenn auch die Vorjahresquote nicht wieder erreicht wurde. Zu beachten ist, daß diese Steigerung nicht allein ein Ergebnis ständig stei-

genden Tabakkonsums ist, sondern zum Teil auf die Ausweitung des Warenangebots in den Tabakgeschäften zurückzuführen ist.

Seit zwei Jahren wird Oberbekleidung wieder sehr lebhaft gekauft, so daß die Umsätze dieser Geschäfte 1960 um 10%, 1961 sogar um 16% gestiegen sind. Auch die Schuhgeschäfte konnten ihre Umsätze kräftig steigern, wenngleich nicht die Zuwachsquote der Oberbekleidungsgeschäfte erreicht wurde. Bei Textilwaren aller Art lag der Umsatzzuwachs 1961 sehr viel höher als im Vorjahr und außerdem höher als im Bundesdurchschnitt. Das Letztere gilt auch für die Schuhgeschäfte, die im Bundesgebiet nur Umsatzsteigerungen von 5% erzielen konnten.

Die Umsatzentwicklung in ausgewählten Geschäftszweigen

Warenbereich/Geschäftszweig	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
	1958	1959	1960	1961
Nahrungs- und Genußmittel	+ 5	+ 7	+ 6	+ 7
darunter				
Lebensmittel aller Art	+ 4	+ 6	+ 6	+ 7
Obst, Gemüse, Südfrüchte	+ 8	+ 4	+ 1	+ 6
Fische und Fischwaren	+ 5	+ 4	+ 5	+ 1
Tabakwaren	+ 9	+ 11	+ 13	+ 11
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	+ 0	- 2	+ 8	+ 12
darunter				
Textilwaren aller Art	- 1	- 2	+ 6	+ 11
Oberbekleidung	- 4	- 5	+ 10	+ 16
Schuhwaren	+ 3	+ 5	+ 11	+ 10
Hausrat und Wohnbedarf	+ 11	+ 3	+ 7	+ 11
darunter				
Eisenwaren und Küchengeräte	+ 11	+ 7	+ 6	+ 9
Möbel	+ 8	- 1	+ 10	+ 5
Sonstige Waren	+ 13	+ 5	+ 8	+ 9
darunter				
Papier- und Schreibwaren	+ 12	+ 9	+ 10	+ 12
Apotheken	+ 4	+ 3	+ 4	+ 8
Drogerien	+ 8	+ 9	+ 6	+ 10
Fahrräder, Krafträder u. Zubehör	+ 13	+ 16	+ 8	- 1
Kraftwagen und Zubehör	+ 23	+ 14	+ 14	+ 15
Uhren, Gold- u. Silberwaren	+ 6	+ 4	+ 11	+ 13
Brennmaterial	+ 14	- 7	+ 5	- 2

Die Nachfrage nach Hausrat und Einrichtungsgegenständen hat sich 1961 weiter belebt. Nur bei Möbeln ist die Umsatzsteigerung niedriger als im Vorjahr, entspricht aber dem Bundesdurchschnitt. Dort hatten sich aber die Umsätze an Möbeln 1960 sehr viel weniger erhöht als im Lande, so daß die Ergebnisse im ganzen für Schleswig-Holstein als günstig anzusehen sind.

Eine überdurchschnittlich hohe Zuwachsrate ist auch 1961 wieder das Kennzeichen der Kraftfahrzeugbranche. Selbst im mehrjährigen Vergleich zeichnet sich keine Verlangsamung der Umsatzentwicklung ab. Im Bundesdurchschnitt erreichte der Kraftfahrzeughandel nicht ganz die Umsatzerhöhung der in Schleswig-Holstein ansässigen Betriebe. Im Vorjahr war es dagegen umgekehrt gewesen. Der Zweiradhan-

del erlebte bis 1959 eine beträchtliche Geschäftsausweitung, da er nach dem Rückgang der Nachfrage nach Fahrrädern und Motorrädern zum Teil Kleinwagen mit aufnahm. Aber bereits 1960 verlangsamte sich die Umsatzsteigerung und 1961 konnte insgesamt der Vorjahresumsatz nicht wieder erreicht werden. Im Bundesdurchschnitt konnte dagegen auch 1961 noch eine zweiprozentige Steigerung erzielt werden, dafür waren die Zuwachsraten der Vorjahre jedoch auch unter dem schleswig-holsteinischen Niveau geblieben. Sehr gut ist 1961 auch die Nachfrage nach Landmaschinen und landwirtschaftlichen Geräten gewesen. Für Schleswig-Holstein können keine Zahlen genannt werden, jedoch konnten im Bundesdurchschnitt Umsatzsteigerungen von 17% erzielt werden.

Uhren sowie Gold- und Silberwaren wurden auch 1961 wieder lebhaft umgesetzt, so daß der Umsatz sich um 13% erhöhte. Die Zunahme liegt etwas über dem Bundesdurchschnitt. Auch der Umsatz von Papier- und Schreibwaren stieg stärker an als im Vorjahr. Weitgehend von der Winterwitterung abhängig ist der Brennstoffhandel. Die Umsatzentwicklung in diesem Geschäftszweig zeigt daher jährlich starke Schwankungen. 1960 wurde ein Umsatzzuwachs von 5% erzielt, nachdem die Umsätze 1959 um 7% niedriger als 1958 gelegen hatten. Auch 1961 wurden die Umsätze des Vorjahres nicht wieder erreicht. Im Bundesdurchschnitt konnte dagegen der Verkauf von Brennstoff auch 1961 erhöht werden, und zwar um 5%.

Die Umsätze der Apotheken und Drogerien sind 1961 recht nachhaltig gestiegen. Die Zuwachsraten der Drogerien lag wie schon in den Vorjahren höher als bei den Apotheken, die aber auch eine achtprozentige Steigerung erzielten.

Ein Vergleich der monatlichen Umsatzentwicklung ergibt beim gesamten Einzelhandel eine recht gleichmäßige Verteilung der Umsatzsteigerungen über das ganze Jahr. Die Osterfeiertage lagen 1961 Anfang April, so daß die Einkäufe zu den Feiertagen und zur Konfirmation im Gegensatz zum Vorjahr ausschließlich in den März fielen. Der März weist daher entsprechend hohe Zuwachsquoten auf, während im April die Umsätze nur gering gegenüber dem Vorjahr anstiegen. Die Schlußverkäufe jeweils zu Ende der Saison haben 1961 sehr gute Ergebnisse gebracht, die zu erheblichen Umsatzsteigerungen im Februar und August geführt haben. Dies gilt vorwiegend für den Bereich Bekleidung, Wäsche und Schuhe, da der Handel im Berichtsjahr durch die ungünstige Witterung der Winter- und Sommermonate zu den Schlußverkäufen über recht volle Lager verfügte und daher zu entsprechenden Preisnachlässen bereit war. Auch im September war der Geschäftsverlauf im gesamten Einzelhandel gegenüber

Die monatliche Umsatzentwicklung 1961
- Veränderung gegenüber 1960 in % -

Monat	Einzelhandel	
	insgesamt	Bekleidung, Wäsche, Schuhe
Januar	+ 9	+ 6
Februar	+ 7	+ 25
März	+ 11	+ 24
April	+ 3	+ 14
Mai	+ 8	+ 4
Juni	+ 8	+ 5
Juli	+ 7	+ 7
August	+ 12	+ 32
September	+ 12	+ 13
Oktober	+ 8	+ 6
November	+ 11	+ 11
Dezember	+ 10	+ 10

dem Vorjahr recht günstig, während im Oktober besonders die Umsätze an Hausrat und Wohnbedarf anstiegen. Im November und Dezember, die wegen der Weihnachtseinkäufe die höchsten Umsätze bringen, wurden auch 1961 wieder über dem Jahresdurchschnitt liegende Umsatzsteigerungen erzielt.

Für einige Geschäftsformen des Einzelhandels werden die Umsätze gesondert dargestellt. Aus den vorliegenden Ergebnissen kann auf einen wachsenden Anteil der Kaufhäuser am Markt geschlossen werden. Die Umsatzsteigerungen dieser Geschäfte liegen seit Jahren höher als die im Durchschnitt des ganzen Einzelhandels erzielten Quoten. Besonders günstig hat sich in den Warenhäusern der Lebensmittelumsatz gestaltet, da die Mehrzahl der Kaufhäuser dazu übergegangen ist, sich Lebensmittelabteilungen neu anzugliedern oder aber die bestehenden nach den modernsten Gesichtspunkten zu erweitern. Seit 1958 konnten in diesem Zweig Steigerungen von 27, 15 und 26% erzielt werden und 1961 wurde sogar eine Umsatzerhöhung von 35% erreicht. Dagegen konnte der Nahrungsmittelinzelhandel insgesamt seit 1958 nur jährliche Umsatzsteigerungen zwischen 5 und 7% erreichen.

Die Umsatzausweitung bei den Konsumgesellschaften blieb 1961 sowohl hinter dem Vorjahreszuwachs als auch hinter dem durch-

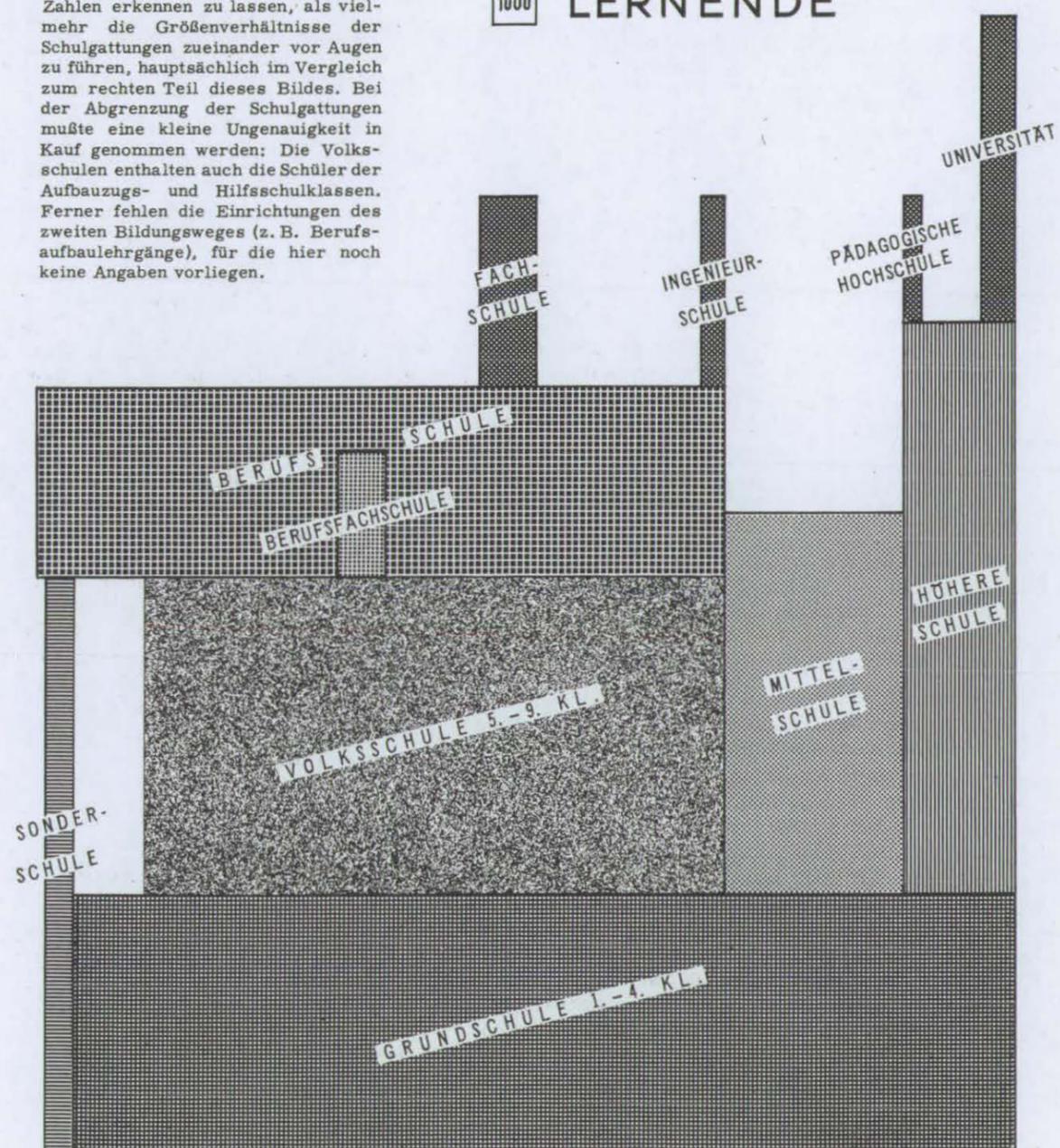
Die Umsatzentwicklung in ausgewählten Geschäftsformen

Geschäftsform	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
	1959	1960	1961
Einzelhandel insgesamt	+ 4	+ 7	+ 9
darunter			
Warenhäuser	+ 7	+ 12	+ 19
davon			
Nahrungs- und Genußmittel	+ 15	+ 26	+ 35
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	+ 2	+ 10	+ 13
Hausrat und Wohnbedarf	+ 12	+ 8	+ 22
Sonstige Waren	+ 10	+ 10	+ 18
Konsumgenossenschaften	+ 5	+ 4	+ 3
Gemischwarengeschäfte	+ 6	+ 6	+ 6

DAS SCHULWESEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN 1961/62

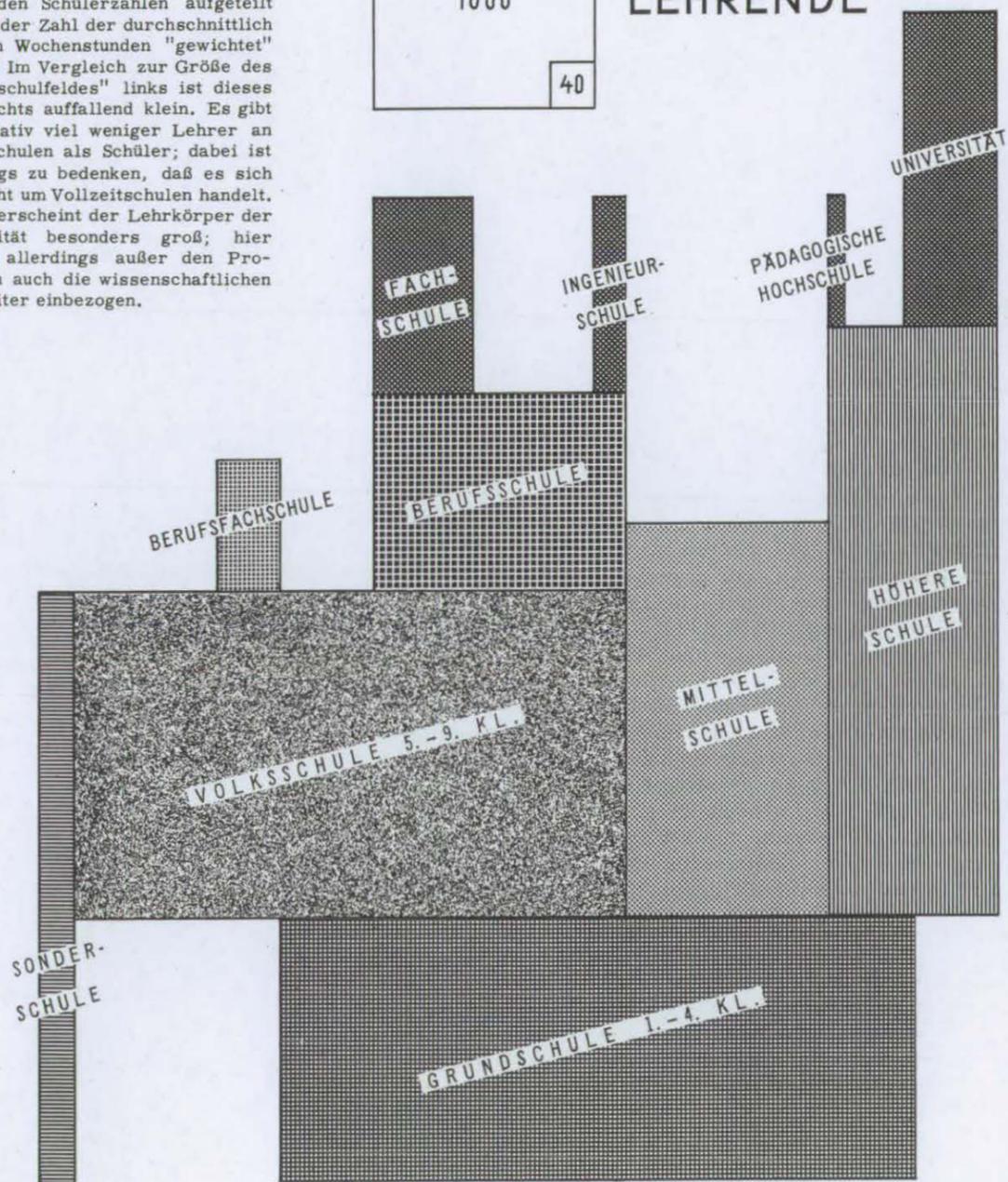
Als Aufbauprinzip dieser Graphik wurden für jede Schulgattung die Altersjahre zugrunde gelegt, in denen die Schüler normalerweise die betreffende Schule besuchen. Zweck der Graphik ist es weniger, die absoluten Zahlen erkennen zu lassen, als vielmehr die Größenverhältnisse der Schulgattungen zueinander vor Augen zu führen, hauptsächlich im Vergleich zum rechten Teil dieses Bildes. Bei der Abgrenzung der Schulgattungen mußte eine kleine Ungenauigkeit in Kauf genommen werden: Die Volksschulen enthalten auch die Schüler der Aufbauzugs- und Hilfschulklassen. Ferner fehlen die Einrichtungen des zweiten Bildungsweges (z. B. Berufsaufbaulehrgänge), für die hier noch keine Angaben vorliegen.

1000 LERNENDE



Der rechte Teil der Graphik zeigt die Verteilung der Lehrenden auf die Schulen und Studieneinrichtungen. Dabei wurden die Volksschullehrer ausnahmsweise auf Grundschule und 5. bis 9. Klassen verteilt, indem sie gemäß den Schülerzahlen aufgeteilt und mit der Zahl der durchschnittlich erteilten Wochenstunden "gewichtet" wurden. Im Vergleich zur Größe des "Berufsschulfeldes" links ist dieses Feld rechts auffallend klein. Es gibt also relativ viel weniger Lehrer an Berufsschulen als Schüler; dabei ist allerdings zu bedenken, daß es sich hier nicht um Vollzeitschulen handelt. Ferner erscheint der Lehrkörper der Universität besonders groß; hier wurden allerdings außer den Professoren auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter einbezogen.

1000 LEHRENDE



schnittlichen Zuwachs des Einzelhandels zurück. Diese Entwicklung zeichnet sich seit einigen Jahren ab und scheint nicht allein auf das engere Warenangebot der Konsumgesellschaften zurückzuführen zu sein. Da vorwiegend Nahrungsmittel geführt werden, müßten etwa die Umsatzsteigerungen dem Lebensmitteleinzelhandel entsprechen, sie lagen jedoch in den letzten drei Jahren niedriger. Die Gemischtwarengeschäfte haben eine sehr stetige Umsatzentwicklung. In den letzten drei Jahren wurden jeweils Umsatzsteigerungen von 6% erzielt. Sie haben damit etwa die gleiche Entwicklung wie der Lebensmittelhandel, dem ihr Warenangebot gleichen dürfte.

Eine andere Geschäftsform, der Versandhandel, hat eine sehr schnelle Verbreitung gefun-

den. War das Angebot am Anfang fast ausschließlich auf Bekleidung und Wäsche beschränkt, so sind im Laufe der Jahre immer mehr Konsumgüter hinzugekommen. Die Umsatzentwicklung scheint zu bestätigen, daß ein Teil der Käufer diese Verkaufsform bevorzugt. 1961 konnte der Versandhandel im Bundesgebiet seinen Umsatz um 23% steigern, also weit über dem Durchschnitt des gesamten Einzelhandels. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Wachstum allerdings etwas verlangsamt.

Dipl.-Volksw. Gisela A. Schlüter

Vergleiche auch: "Umsätze des Einzelhandels 1961" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 41 (Januar)

Soziale Krankenversicherung 1960 und 1961

Geringe Abnahme des Mitgliederbestandes

Angesichts der von der Bundesregierung angekündigten Neuordnung der sozialen Krankenversicherung dürfte es an der Zeit sein, sich ein Bild von der Größe und Struktur dieses Sozialversicherungszweiges zu machen. Dabei können die in Schleswig-Holstein tätigen bundesunmittelbaren Krankenkassen, nämlich eine Seekrankenkasse, eine knappschaftliche Krankenkasse, vier Ersatzkassen für Arbeiter, sieben Ersatzkassen für Angestellte und 14 Betriebskrankenkassen, die insgesamt etwa ein Viertel aller Krankenkassenmitglieder des Landes auf sich vereinigen, mangels genauer Unterlagen nicht in die Betrachtung einbezogen werden. Auch auf den Stand der privaten Krankenversicherung kann hier nicht näher eingegangen werden, obwohl gerade sie 1961 nach einem Stadium der Stagnation ein befriedigendes Geschäftsergebnis aufweisen konnten.

Die landesunmittelbaren Krankenkassen Schleswig-Holsteins, d. h. die Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, deren Hauptverwaltung sich in Schleswig-Holstein befindet und die dem Aufsichtsamt für Sozialversicherung Schleswig-Holsteins unterstehen, hatten insgesamt im Durchschnitt des Jahres

	1960	1961
Mitglieder	742 000	740 000
davon waren		
Pflichtmitglieder	59%	60%
Rentenbezieher und -bewerber	26%	26%
Freiwillige Mitglieder	15%	14%

Der Anteil der Pflichtmitglieder nahm also, vermutlich infolge zunehmender Vollbeschäftigung und Ausweitung des Arbeitnehmerpotentials, um 1% zu, während der Anteil der Rentner konstant blieb und der der freiwilligen Mitglieder um 1% abnahm. Von seiten der Gesetzgebung wurde in beiden Berichtsjahren weder der Umfang noch die Schichtung des Mitgliederbestandes beeinflußt; die Einkommensgrenze war zuletzt am 1. 10. 1957 auf 660 DM heraufgesetzt worden.

Drei Fünftel aller Mitglieder waren männlich. Bei den Pflichtmitgliedern überwogen die Männer mit 70%, bei den Rentnern die Frauen mit 58%. Auf 100 freiwillige Mitglieder entfielen 54 Männer und 46 Frauen.

Nach Schätzungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung für das gesamte Bundesgebiet kamen auf 100 Versicherte etwa 65 mitversicherte Familienangehörige. Danach wurden also in Schleswig-Holstein insgesamt etwa 1 1/4 Millionen Personen von den landesunmittelbaren Krankenkassen betreut, während alle gesetzlichen, d. h. die landes- und bundesunmittelbaren Krankenkassen des Landes zusammen, ungefähr 1,65 Millionen Bewohner Schleswig-Holsteins oder fast drei Viertel der Bevölkerung betreuten. Dieser Anteil hängt vor allem von der Struktur der Erwerbstätigkeit im Lande ab und ist daher in den Bundesländern verschieden. In Bayern genossen z. B. ebenfalls drei Viertel der Bevölkerung den Schutz gesetzlicher Krankenkassen, wohingegen es in Nordrhein-Westfalen 84%, in Rheinland-Pfalz nur 66% waren.

Die Mitglieder der landesunmittelbaren Krankenkassen verteilten sich auf die vorhandenen vier Kassenarten wie folgt:

	1960	1961
23 Ortskrankenkassen	613 000	614 000
12 Landkrankenkassen	66 000	64 000
15/14 Betriebskrankenkassen	27 000	26 000
7 Innungskrankenkassen	35 000	37 000

83% aller Mitglieder waren bei den Ortskrankenkassen versichert. Der Mitgliederanteil der Betriebskrankenkassen an der gesamten Zahl der Mitglieder ist von 1960 auf 1961 durch Auflösung einer Betriebskrankenkasse von 3,7% auf 3,5% zurückgegangen. Bereits 1959/60 war eine Betriebskrankenkasse ausgeschieden. Der Mitgliederanteil der Innungskrankenkassen ist auf 5,0% gestiegen, während er bei den Landeskrankenkassen auf 8,6% gefallen ist.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl je Kasse betrug bei den

	1960	1961
Ortskrankenkassen	27 000	27 000
Landkrankenkassen	6 000	5 000
Betriebskrankenkassen	2 000	2 000
Innungskrankenkassen	5 000	5 000

In den einzelnen Kassenarten war die Zusammensetzung der Mitglieder nach dem Geschlecht verschieden: in allen Kassen überwog der Anteil der Männer, in Betriebs- und Innungskrankenkassen waren jedoch die Männer sehr viel stärker vertreten als in den Orts- und Landkrankenkassen.

Die Mitglieder nach dem Alter
- Stichtag: 1. Oktober 1960 -

Altersgruppe	Pflichtmitglieder		Freiwillige Mitglieder		Rentenbezieher und -bewerber	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Insgesamt	306 591	135 268	56 802	50 191	79 686	111 777
davon in %						
unter 15 Jahre	0,1	0,1	0,6	0,6	3,7	2,4
15 - 20 "	15,1	19,2	1,8	3,0	3,4	2,7
20 - 25 "	16,1	20,8	4,2	5,2	0,7	0,4
25 - 35 "	21,4	17,8	12,5	5,8	0,7	0,7
35 - 45 "	13,5	15,6	15,3	7,2	2,1	4,6
45 - 55 "	17,7	17,3	24,2	13,5	5,3	16,5
55 - 65 "	14,2	8,5	21,4	18,9	14,4	22,3
65 Jahre u. darüber	1,9	0,7	19,9	45,8	69,7	50,4

Der Altersaufbau der Mitglieder geht aus der Tabelle hervor. Das Gros der versicherten Rentner war über 65 Jahre alt, ebenso ein großer Prozentsatz der freiwilligen Mitglieder, die wohl ebenfalls in der Mehrzahl Rentner waren. Der Schwerpunkt bei den Pflichtmitgliedern lag dagegen in den Altersklassen von 15 bis 35 Jahren.

Zwei Drittel der Pflichtmitglieder waren unter 45 Jahre alt, bei den freiwilligen Mitgliedern waren dagegen sieben Zehntel und bei den Rentnern neun Zehntel über 45 Jahre alt. Die Zahl der weiblichen Pflichtmitglieder nahm vom 55. Lebensjahr an auffällig ab und verlagerte sich auf die Gruppen der freiwilligen Mitglieder und Rentner.

Leistungsfälle und -tage gestiegen

Die Zahl der insgesamt gemeldeten Arbeitsunfähigkeitsfälle der Pflichtversicherten und freiwilligen Mitglieder, für welche die gesetzlichen Krankenkassen ganz oder teilweise die entstandenen Kosten zu tragen hatten, erhöhte sich von 373 000 im Jahre 1960 um 3,6% auf 387 000 im Jahre 1961.

Die Arbeitsunfähigkeitsfälle, bezogen auf 100 Mitglieder (ohne Rentner), nahmen gleichzeitig von 68,0 auf 70,3 zu.

Leistungsfälle und -tage

	1960			1961		
	ins-ges.	männl.	weibl.	ins-ges.	männl.	weibl.
	je 100 Mitglieder (des entsprechenden Geschlechts)					
Arbeitsunfähigkeitsfälle	68,0	71,9	60,3	70,3	74,2	62,4
dar. Krankenhausfälle	9,0	8,2	10,4	8,7	7,9	10,3
Arbeitsunfähigkeitstage	1 520	1 600	1 364	1 537	1 603	1 407
dar. Krankenhaustage	183	172	206	179	166	205

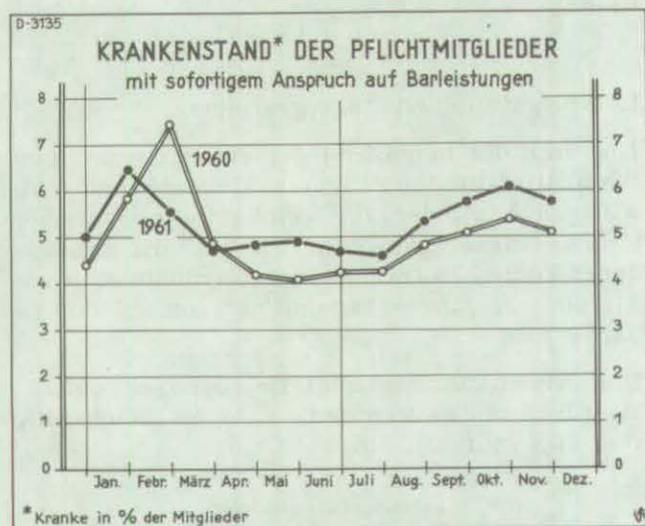
Die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle 1961 war bei den Landkrankenkassen mit 39 Fällen am niedrigsten und bei den Betriebskrankenkassen am höchsten, und zwar 1961 mit 83 Fällen.

Die ausgewiesenen Arbeitsunfähigkeitsfälle verursachten 1960 8,3 Mill. Arbeitsunfähigkeitstage, 1961 8,5 Mill. 1961 war im Durchschnitt jedes männliche Mitglied 16 Tage arbeitsunfähig krank, jedes weibliche Mitglied dagegen 14 Tage. Ein Arbeitsunfähigkeitsfall dauerte im Mittel beider Jahre bei Männern 22 und bei Frauen 23 Tage.

Unter den Arbeitsunfähigkeitsfällen der Pflicht- und freiwilligen Mitglieder befanden sich 1961 48 000 Krankenhausfälle (1960 = 49 000). Dies entspricht einem Anteil von 13,2% für 1960 und 12,4% für 1961. Entsprechend der Zunahme der Arbeitsunfähigkeitsfälle müssen also die Fälle ambulanter Behandlung zugenommen haben. Der einzelne Krankenhausfall dauerte im Durchschnitt bei den Männern 21 Tage, bei den Frauen 20 Tage. Da die Frauen je 100 Mitglieder mehr Krankenhaustage aufwiesen als die Männer, ergibt sich, daß sie pro Jahr öfter im Krankenhaus gewesen sein müssen, als die Männer.

Steigender Krankenstand

Der Krankenstand der Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen - arbeitsunfähige Kranke am Monatsersten je 100 Mitglieder - war im Durchschnitt des Jahres 1961 mit 5,29 nur um 0,32 höher als 1960.



Während er 1961 Anfang März und auch noch April unter dem entsprechenden Stand von 1960 lag (die Märzspitze 1960 war möglicherweise die Folge einer Grippewelle), verlief er ab 1. Mai 1961 in beinahe gleichbleibendem Abstand über den jeweiligen Stand von 1960. Daraus ergibt sich, daß die am 1. August 1961 in Kraft getretene Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle keine oder kaum eine wesentliche Steigerung des Krankenstandes bei den landesunmittelbaren Krankenkassen Schleswig-Holsteins bis zum Ende des Jahres 1961 ausgelöst hat.

Der Anstieg von 1960 auf 1961 von 0,32 entspricht dem Anstieg früherer Jahre, der von 1952 bis 1960 im Durchschnitt 0,31 betrug; er schwankte zwischen 0 und 0,74. So schwer sich sagen läßt, worauf die Verdoppelung des Krankenstandes von 1950 bis 1960 zurückzuführen ist, d. h. ob Witterungsveränderungen, außergewöhnliche Massenerkrankungen, zunehmende Anfälligkeit und stärkere gesundheitliche Beanspruchung des Menschen im Arbeitsprozeß, eine Vermehrung der Arbeitsunfälle, veränderte Einstellung zum Kranksein oder auch eine Veränderung der Altersstruktur der Versicherten die Ursache waren, so schwer ist auch der Anstieg von 1960 auf 1961 zu erklären. Die Auffassung jedoch, daß das "Krankfeiern" und damit die unberechtigte Ausnutzung der Krankenkassen infolge der Änderung des Krankengeldzuschußgesetzes zugenommen habe, findet jedenfalls im Bereich der landesunmittelbaren Krankenkassen Schleswig-Holsteins keine Bestätigung.

Anhebung der Beitragssätze

Nach der Reichsversicherungsordnung wird der Krankenversicherungsbeitrag durch die Kassensatzungen in Hundertsteln des sog. Grundlohnes der Versicherten festgelegt. Die Beiträge sind auch von 1960 auf 1961 angehoben worden, um die erhöhten Ausgaben der Krankenkassen ausgleichen zu können. Der Anstieg war bei den Beiträgen für Mitglieder ohne sofortigen Anspruch auf Barleistungen geringer als bei den Mitgliedern mit einem solchen Anspruch. Den höchsten durchschnittlichen Beitragssatz zahlten am Ende des Jahres 1961 die Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen mit 9,26% des Grundlohnes (1960: 8,36%). Sie zahlten damit etwa ein Drittel mehr als die Pflichtmitglieder ohne Barleistungsanspruch (6,85 bzw. 6,47%). Fast ebensoviel wie die letzteren mußten die Rentenversicherungsträger für pflichtversicherte Rentner aufbringen (1961 = 6,21% und 1960 = 5,59%). Für freiwillige Mitglieder ohne Anspruch auf Barleistungen belief sich der Beitragssatz auf 6,48% (1960: 5,94) des Grundlohnes.

Einnahmen und Ausgaben gestiegen

Die gesamten Einnahmen aller landesunmittelbaren Krankenkassen aus Beiträgen stiegen 1960 auf 240 und 1961 auf 269 Mill. DM an, neben denen die Vermögenserträge und sonstigen Einnahmen eine ganz untergeordnete Rolle spielten. Demgegenüber betrugen die gesamten Ausgaben 1960 = 239 und 1961 = 265 Mill. DM mit einem Anteil der Verwaltungskosten von 5 - 6% in jedem der beiden Jahre. Zu einem Defizit ist es also bei den landesunmittelbaren Krankenkassen Schleswig-Holsteins insgesamt nicht gekommen.

Obwohl sich gegenüber 1950 die Zahl der Mitglieder hauptsächlich infolge Abwanderung zu den Ersatzkassen um 18% vermindert hat, ist das Beitragsaufkommen infolge der erhöhten Grundlöhne und Beitragssätze dreimal so hoch wie damals. Der durchschnittliche Beitrag je Pflicht- und freiwilliges Mitglied betrug im Jahre 1961 395 DM, je Rentner 239 DM. Für alle Mitglieder zusammen hatten die Betriebskrankenkassen mit 435 DM je Mitglied die höchsten jährlichen Beitragseinnahmen.

Die Leistungsausgaben gliederten sich 1961 nach dem Verwendungszweck in

Behandlung durch Ärzte	20,8%
* Zahnärzte	4,9%
Arznei, Heil- und Hilfsmittel	13,6%
Zahnersatz	2,4%
Krankenbehandlung in Anstalten	19,0%
Barleistungen (Kranken- und Hausgeld)	30,0%
Genesendefürsorge und vorbeugende Maßnahmen	0,7%
Wochenhilfe	4,1%
Sterbegeld	2,8%
Sonstige (Vertrauensärztl. Dienst usw.)	1,9%

Unter den Leistungsausgaben, die von 1960 (226 Mill. DM) auf 1961 (250 Mill. DM) insgesamt um 10,6% anstiegen, nahmen die Barleistungen um rd. 10 Mill. DM = 15% am stärksten zu. Die Ausgaben für Arznei- und Heilmittel erhöhten sich um 11%, für Arztkosten, Krankenbehandlung in Anstalten und Wochenhilfe um je etwa 9%. Allein für Zahnersatz sind 1961 3% weniger als im Vorjahre ausgegeben worden. Gegenüber 1950 waren die Leistungsausgaben im Jahre 1961 über dreimal so hoch, wobei die Barleistungen sogar auf gut das 6fache anstiegen.



Die Einnahmen insgesamt waren je Mitglied 1961 um 5,63 DM höher als die Ausgaben. An Beiträgen wurden je Mitglied 18 DM mehr eingenommen als für Leistungen ausgegeben. Allein die Betriebskrankenkassen mit 441 DM Leistungsaufwand je Mitglied haben für Leistungen 6,21 DM mehr ausgegeben als an Beiträgen eingenommen. Die Landkrankenkassen hatten 1961 mit 32 DM je Mitglied den größten Einnahmeüberschuß aller Kassenarten.

Bei anwachsenden Bilanzsummen Rückgang der Vermögensliquidität

Das Rohvermögen als Summe der Aktiva betrug bei den landesunmittelbaren Krankenkassen Ende 1960 rd. 60 Mill. DM, 1961 rd. 65 Mill. DM und erhöhte sich damit um 10%; von 1959 auf 1960 hatte es eine Ausdehnung um 3,5 Mill. DM erfahren. Nicht nur in ihrer Summe, sondern auch in ihrer Zusammensetzung veränderten sich die Aktiven. Die sofort verfügbaren Zahlungsmittel, die 1960 infolge erhöhter Leistungsaufwendungen um 3,4 Mill. DM zusammengeschmolzen waren,

vermehrten sich 1961 wieder um 1,2 Mill. DM. Die kurz- und mittelfristigen Geldanlagen verringerten sich in jedem Berichtsjahr um jeweils 1 Mill. DM, desgleichen nahmen die "Sonstigen Aktiva" minimal ab. Alle übrigen Aktivposten nahmen seit 1959 zu und stärkten damit die Anlageintensität des Krankenkassenvermögens. Die Forderungen vermehrten sich von 1959 auf 1960 um 2,5 Mill. DM und von 1960 auf 1961 um weitere 3,2 Mill. DM.

Vermögen der Krankenkassen am 31. 12. 1961

	Aktiva	Passiva	Überschuß der Aktiva	Zunahme des Reinvermögens
DM je Mitglied				
Ortskrankenkassen	87,04	34,78	52,26	4,62
Landkrankenkassen	81,11	31,23	49,88	13,84
Betriebskrankenkassen	132,08	40,04	92,04	7,19
Innungskrankenkassen	92,18	28,03	64,16	7,13
Alle Kassen	88,36	34,32	54,04	5,63

Die Summe der Passiva, abzüglich Eigenmittel, belief sich Ende 1960 auf 23,7 Mill. DM und Ende 1961 auf 25,4 Mill. DM. Die Passivwerte stiegen um 15% gegenüber 1959 um 7% gegenüber 1960. In beiden Jahresabschlüssen entfielen gut vier Fünftel aller Verbindlichkeiten auf kurzfristige Verpflichtungen. Die langfristigen Verpflichtungen konnten reduziert werden, so daß sie am Ende der Berichtsperiode nur mehr 1% der gesamten Verpflichtungen ausmachten. Rückstellungen für Zusatzsterbegeld der Rentner und Pensionsrückstellung für spätere Zahlungen an Krankenkassenbedienstete sind in beiden Jahren gestiegen und stellten am 31. 12. 1961 15,4% aller Verpflichtungen dar.

Die Bilanzsummen weiteten sich gegenüber 1950 auf den 2 1/2fachen Umfang aus, wobei auf der Passivseite die Gesamtverpflichtungen sogar um das Dreifache stiegen, während das Eigenkapital auf dem 2fachen Stand zurückblieb. Die Ausweitung ist auf das Anwachsen der Beitragseinnahmen und die erhöhten Anforderungen zurückzuführen.

Demgegenüber erlitt die Liquidität, soweit sie sich aus dem Verhältnis von sofort verfügbaren Zahlungsmitteln und kurz- und mittelfristigen Geldanlagen einerseits und von kurz- und mittelfristigen Krediten bzw. Verpflichtungen andererseits ergibt, in beiden Berichtsjahren eine Einbuße von zusammen 8,2 Mill. DM. Ende 1961 standen den kurz- und mittelfristigen Krediten und Verpflichtungen von insgesamt 21 Mill. DM nur 15 Mill. DM an kurz- und mittelfristig angelegten Betriebsmitteln gegenüber. Die Liquiditätsverschlechterung betraf nur die Orts- und Innungskrankenkassen, während Land- und Betriebskrankenkassen ihre Liquidität verbessern konnten.

Das Reinvermögen der landesunmittelbaren Krankenkassen, das als Differenz zwischen Rohvermögen und Verbindlichkeiten die gesetzliche Rücklage und das sonstige Eigenkapital umfaßt, stieg von Ende 1959 = 35,4 Mill. DM auf 35,8 (1960) und 40,0 Mill. DM (1961); seine Zunahme betrug also 1960 nur 1,4% und 1961 11,6%. Im Durchschnitt aller Krankenkassen belief sich das Reinvermögen Ende 1960 und 1961 auf nicht ganz zwei Drittel des Rohvermögens. Der Grad der Vermögensdeckung durch Eigenkapital war 1961 bei Betriebs- und Innungskrankenkassen rd. 10% höher als bei Orts- und Landkrankenkassen.

Von den 57 landesunmittelbaren Krankenkassen schlossen 1960 zwei und 1961 eine mit einer negativen Vermögensbilanz ab; bei ihnen waren 1960 die Fremdmittel insgesamt um 165 000 DM höher als die Eigenmittel.

1960 hatten 20 Kassen eine Abnahme ihres Reinvermögens zu verzeichnen. Unter ihnen waren alle Kassenarten vertreten, die Orts- und Betriebskrankenkassen mit je sieben am

Gesetzliche Rücklagen

	Rücklage 1960		Rücklage 1961	
	Soll	Ist	Soll	Ist
in 1 000 DM				
Ortskrankenkassen	23 108	8 289	26 820	9 925
Landkrankenkassen	2 194	660	2 459	1 003
Betriebskrankenkassen	1 378	626	1 386	891
Innungskrankenkassen	944	697	1 192	850
Schleswig-Holstein	27 624	10 271	31 857	12 669

stärksten. 1961 erlitten nur noch 18 Kassen eine Einbuße am Reinvermögen.

Infolge der außergewöhnlich gestiegenen Anforderungen war das Rücklagen-Ist am Ende der beiden Berichtsjahre 63% bzw. 60% geringer als das Rücklagen-Soll. Nur einzelnen Kassen gelang es, das Rücklageguthaben bei dem Träger der Gemeinschaftsaufgaben auf den gesetzlich vorgeschriebenen Umfang zu bringen.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Die Leistungen der sozialen Krankenversicherung in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 138 (Juni)

Die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen 1960 und 1961

Bis 1950 war die Kriegsopferversorgung durch sehr verschiedenartige landes- und besatzungsrechtliche Vorschriften geregelt. Eine bundeseinheitliche Regelung hat erst das Bundesversorgungsgesetz von 1950 geschaffen, zu dem von 1952 bis 1957 sechs Novellen ergangen sind. 1950 führte das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsopferrechts (1. Neuordnungsgesetz) verschiedene Leistungen ein, wodurch die finanzielle Beanspruchung des Bundes von 3,54 Mrd. DM im Jahre 1959 auf 3,98 Mrd. DM im Jahre 1960 anwuchs.

Nach dem Bundesversorgungsgesetz anerkannte Kriegsofopfer sind Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Die Versorgung umfaßt Heilbehandlung, Versehrtenleibesübungen und Krankenbehandlung, Leistungen der Kriegsopferfürsorge, Beschädigtenrente und Pflegezulage, Bestattungsgeld und Bezüge für das Sterbevierteljahr, Hinterbliebenenrente, Bestattungsgeld beim Tode von Hinterbliebenen. Der Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE), ausgedrückt in %, bestimmt die Höhe der Beschädigtenrenten.

Ende 1961 zählte man in Schleswig-Holstein rund 48 600 versorgungsberechtigte Beschädigte; davon waren 52% sog. Leichtbeschädigte, d. h. solche, deren Erwerbsfähigkeit um weniger als 50% gemindert war, und 48% Schwer-

beschädigte. Der größte Teil der Schwerbeschädigten, nämlich 41%, fiel in die Gruppe mit einer MdE von 50%; ein Zehntel aller Schwerbeschädigten war völlig erwerbsunfähig. Im Bundesgebiet wurden Ende März 1961 rund 1 413 000 Beschädigte gezählt. Die Anteile der einzelnen Gruppen waren denen im Lande sehr ähnlich.

In Schleswig-Holstein sind die Anteile der Gruppen von MdE im wesentlichen seit Jahren gleich. Die Leichtbeschädigten mit 30 und 40% MdE umfassen reichlich die Hälfte aller Kriegsbeschädigten, zu den Schwerbeschädigten von 50 bis 70% gehören reichlich ein Drittel, und ganz oder weitgehend am Erwerb verhindert (80 - 100% MdE) ist etwa ein Zehntel.

Die Zahl der von den Versorgungsämtern anerkannten Versorgungsfälle, die sich von 1952 - 1959 bereits um 1/3 vermindert hatte, nahm auch in den beiden Berichtsjahren weiter ab. Während im Jahre 1952 auf 1 000 der Bevölkerung Schleswig-Holsteins noch 97 Versorgungsfälle kamen, waren es 1960 nur noch 64 und 1961 nur noch 59 Fälle.

Die Zahl der Kriegsbeschädigten nahm seit 1955 Jahr für Jahr um gut 900 ab - das sind etwa 2% des jeweiligen Bestandes -, die Zahl der Kriegshinterbliebenen verminderte sich

rascher. Seit 1955 ging sie jährlich im Durchschnitt um rund 10 000 zurück, das sind ungefähr 8% des jeweiligen Bestandes. Dieser Bestand war allerdings immer noch fast doppelt so groß wie der an Kriegsbeschädigten:

31. 12. 1961		31. 12. 1961	
Kriegsbeschädigte	48 589	Kriegshinterbliebene	91 168
davon 30 - 40%	25 186	davon Witwen	59 476
50 - 70%	18 315	Waisen	18 239
80 - 100%	5 088	Eltern ¹	13 453

1) als Person gezählt

Weitaus am stärksten verringerte sich die Zahl der Waisenrenten, ihr Bestand verminderte sich gegenüber 1960 um 7 500 = 29%, nachdem er bereits von 1952 bis 1959 um fast zwei Drittel abgenommen hatte. Die Zahl der Schwerbeschädigten mit einer MdE von 80 und 90%, die entgegen der allgemeinen Tendenz von 1952 bis 1960 zugenommen hatte, nahm 1961 ebenfalls ab.

Unter den Gründen für die Zu- und Abnahme der in Schleswig-Holstein registrierten Kriegsbeschädigten ist der Tod des Beschädigten am häufigsten. Im letzten Jahr starben knapp 900 Kriegsbeschädigte. Einer Verringerung der Bestandszahl in dieser Höhe standen die anderen Veränderungsgründe entgegen. Hauptsächlich das Übergewicht der Zuzüge über die Fortzüge hat bis jetzt bewirkt, daß im ganzen weniger Kriegsbeschädigte aus der Versorgung ausschieden als starben. Auch für die nächsten Jahre kann mit ähnlichen Verhältnissen gerechnet werden, so daß sich die gesetzliche Versorgung der Kriegsbeschädigten mit langsam steigenden jährlichen Abnahmen bis über die Schwelle des nächsten Jahrtausends erstrecken wird.

Anders kann die wahrscheinliche Entwicklung bei den Kriegshinterbliebenen beurteilt werden: Die letzten Waisen müssen ungefähr mit dem Jahre 1970 aus der Versorgung ausscheiden, die letzten Eltern vielleicht zehn Jahre später, und nur wenige Witwen werden das Ende dieses Jahrtausends erleben. Rund 750 Witwen von Kriegsgefallenen sind in dem Jahr vom 1. 1. 1961 bis 31. 12. 1961 gestorben; Zu- und Fortzüge halten sich bei ihnen ungefähr die Waage; wenn die Anzahl der Witwenrenten in diesem Jahr nur um 493 abgenommen hat, so ist das hauptsächlich die Folge von Neubewilligungen.

Die Zahl der unterstützten Eltern verringert sich langsam, aber stetig. In dem Jahreszeitraum vor dem 31. 12. 1961 schieden 1 550 Eltern (als Personen gezählt) aus der Versorgung aus. Einen großen Anteil hieran hat wieder der Tod als Ursache. Ganz anders verhält es sich bei den Waisen; ihre Anzahl hat



sich mit 7 522 im letzten Jahresabschnitt verhältnismäßig viel stärker vermindert als die der beiden anderen Kategorien, und die Ursache liegt fast ausschließlich im Fortfall der Versorgungsvoraussetzung, nämlich des jugendlichen Alters.

Von allen Leistungen der Kriegsopferversorgung fallen finanziell die Renten und ähnliche Barleistungen (Beihilfen, Härteausgleichszahlungen) am stärksten ins Gewicht. Der jährliche Rentenaufwand nach dem BVG belief sich in Schleswig-Holstein 1960 auf 143 Mill. DM und 1961 auf 169 Mill. DM. Dem Beschädigten steht eine Grundrente zu, sobald seine Erwerbsfähigkeit um wenigstens 25% gemindert ist. Schwerbeschädigte, d. h. solche mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um wenigstens 50%, erhalten außerdem eine Ausgleichsrente, die in gewissem Umfang vom Einkommen abhängig ist. Seit der Neuregelung von 1960 wird zur Beschädigtenrente ein sog. Berufsschadensausgleich bis zu 300 DM monatlich gewährt, sofern Erwerbsunfähige durch die Art der Schädigungsfolge beruflich besonders betroffen sind.

Die Kriegsopferfürsorge wird im Rahmen der öffentlichen Fürsorge von den Fürsorge- und Hauptfürsorgestellen durchgeführt. Die Aufwendungen für Leistungen der Kriegsopferfürsorge (Hilfe zur Erlangung, Wiedererlangung oder Besserung der beruflichen Leistungsfähigkeit von Beschädigten, Hilfe zur schulischen und beruflichen Ausbildung für Kinder von Beschädigten sowie für Waisen und Witwen, Wohnungsfürsorge, Erholungsfürsorge und andere im Einzelfall erforderliche Maßnahmen) werden im Kapitel "Soziale Fürsorge" der öffentlichen Fürsorge ausgewiesen und hier nicht erörtert.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Die versorgungsberechtigten Kriegsopfer in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 239 (Oktober)

Kurzberichte

Fremdsprachenunterricht an den allgemeinbildenden Schulen

Im Mai 1962 wurden in Schleswig-Holstein gut 80% aller Schüler der 5. - 13. Klassen, die eine allgemeinbildende Schule besuchten, in mindestens einer Fremdsprache unterrichtet. Die Schüler der Grundschulklassen blieben hierbei unberücksichtigt, weil mit dem Fremdsprachenunterricht erst im 5. Schuljahr begonnen wird.

Die Fremdsprache mit der weitesten Verbreitung ist mit Abstand Englisch. Im Mai 1962 lernten rund 132 000 Schüler in Schleswig-Holstein Englisch. Während an weiterführenden Schulen fast alle Schüler (98%) in dieser Sprache unterrichtet wurden, hatten in den Volksschulen (ohne Aufbauzüge) zwei Drittel der Schüler der oberen Klassen (5. bis 9. Schuljahrgang) Englisch.

Französisch wird nur an weiterführenden Schulen gelehrt, und zwar als zweite oder weitere Fremdsprache. Der Unterricht beginnt frühestens im 7. Schuljahr. In den Mittelschulen (einschl. Aufbauzüge der Volksschulen) hatte knapp ein Drittel der Schüler der 7. bis 10. Klasse neben Englisch auch Französisch. In den höheren Schulen nahm die Hälfte der Schüler des 7. bis 13. Schuljahres am Französischunterricht teil.

Der Lateinunterricht ist im wesentlichen den höheren Schulen vorbehalten. Es gibt jedoch in den Mittelschulen einige wenige Arbeitsgemeinschaften oder Kurse in Latein. Im Mai 1962 wurden an den höheren Schulen des Landes reichlich 19 000 Schüler in Latein unterrichtet, aber nur 12 000 in Französisch. In den altsprachlichen Gymnasien beginnt der Lateinunterricht allerdings bereits in der Sexta.

Griechisch wird in den altsprachlichen Gymnasien und Schulzweigen gelehrt. Der Unterricht beginnt in der Untertertia. Im Mai 1962 waren rund 1 100 Schüler am Griechischunterricht beteiligt.

An den Lehrgängen in Russisch nahmen 1962 325 Schüler teil. Es handelt sich dabei z. T. um Schüler, die aus der sowjetischen Besatzungszone gekommen sind, und dort in der Schule Russischunterricht gehabt haben. Diese Schüler können Russisch als Ersatz für Englisch wählen.

Im nördlichen Teil Schleswig-Holsteins gibt es Bevölkerungskreise, die Dänisch oder Friesisch als Umgangssprache haben.¹ Eltern, die der dänischen Minderheit angehören, schicken

ihre Kinder in eine private dänische Schule. Die dänischen Minderheitsschulen wurden 1962 von 4 300 Schülern besucht. In einigen deutschen Schulen, und zwar in der Stadt Flensburg sowie in den Landkreisen Flensburg und Schleswig wird Dänisch als Fremdsprache gelehrt. An diesem Unterricht waren 1962 rund 750 Schüler, darunter 455 Volksschüler, beteiligt.

Vier Schulen, die sich auf den Nordseeinseln Sylt, Föhr und Amrum befinden, hatten angegeben, daß dort Friesisch als Fremdsprache gepflegt wird. An diesem Unterricht nahmen Anfang Mai 1962 insgesamt 82 Schüler teil.

Neben den genannten Fremdsprachen wird in einigen Schulen Schleswig-Holsteins noch Unterricht in Schwedisch, Spanisch, Italienisch oder Hebräisch erteilt. Die Zahl der daran beteiligten Schüler ist klein.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Nicht versetzte Schüler in den öffentlichen Gymnasien

Im Durchschnitt der Jahre 1958 bis 1962 wurden in den öffentlichen Gymnasien Schleswig-Holsteins rund 8% der Schüler nicht versetzt. Besonders kritische Klassen waren dabei Quarta (7. Klasse) und Obersekunda (11. Klasse). Der Anteil der nicht versetzten Schüler an den Schülern dieser beiden Klassen lag bei über 10%. Die Quote der Nichtversetzten war bei den Jungen in jeder Klasse höher als bei den Mädchen.

Nichtversetzte in % der Schüler
der betreffenden Klasse

	Ø 1958 - 1962		
	insgesamt	männlich	weiblich
Sexta (5. Klasse)	4,8	5,8	3,5
Quinta (6. ")	6,2	7,6	4,2
Quarta (7. ")	10,4	12,0	8,3
Untertertia (8. ")	9,1	10,5	7,3
Obertertia (9. ")	9,8	10,7	8,6
Untersekunda (10. ")	7,9	9,4	6,0
Obersekunda (11. ")	10,4	12,3	7,3
Unterprima (12. ")	9,4	10,4	7,6
Oberprima (13. ")	4,4	5,3	2,9
Alle Klassen	8,1	9,4	6,3

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

1) siehe hierzu: Peter Petersen, "Zur Sprachenfrage im schleswigischen Grenzgebiet" in "Schleswig-Holstein", Heft 5, Mai 1962

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1 000	2 267	p 2 317	p 2 322	p 2 325	p 2 327	p 2 342	p 2 345
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾										
*Anzahl		1 654	1 877	2 224	3 205	1 584	2 454	2 122	3 462	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	p 9,7	p 11,3	p 16,3	p 8,3	p 12,8	p 10,7	p 17,4	...
Lebendgeborene ²⁾										
*Anzahl		2 867	3 355	3 311	3 373	3 327	3 358	3 366	3 445	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	p 17,4	p 16,8	p 17,1	p 17,4	p 17,5	p 16,9	p 17,3	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 173	2 290	2 062	2 175	2 038	2 213	2 148	2 024	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	p 11,9	p 10,5	p 11,0	p 10,7	p 11,5	p 10,8	p 10,2	...
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		93	95	101	91	91	83	71	69	...
*je 1 000 Lebendgeborene		32,6	28,4	30,5	27,0	27,4	24,7	21,1	20,0	...
Mehr geboren als gestorben										
*Anzahl		694	1 065	1 249	1 198	1 289	1 145	1 218	1 421	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		3,7	p 5,5	p 6,3	p 6,1	p 6,7	p 6,0	p 6,1	p 7,1	...
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		6 523	7 031	7 063	6 791	6 317	6 883	7 857
*Fortzüge über die Landesgrenze		6 263	5 958	4 790	5 002	6 085	5 268	5 802
*Wanderungsgewinn		260	1 073	2 273	1 789	232	1 615	2 055
*Umzüge innerhalb des Landes ⁴⁾		9 666	9 958	8 497	7 913	7 937	7 841	8 960
Wanderungsfälle ⁴⁾										
Anzahl		22 452	22 947	20 350	19 706	20 339	19 992	22 619
je 1 000 Einw. und 1 Jahr ⁵⁾		170	p 170	p 146	p 140	p 148	p 145	p 159
Umsiedler		609	234	136	261	229	124	160	139	649
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		326	116	52	128	98	47	79	56	589
Baden-Württemberg		43	17	16	17	6	11	11	14	17
Rheinland-Pfalz		10	3	-	-	6	3	4	-	-
Hessen		12	2	-	-	-	5	-	-	-
Hamburg		218	96	68	116	119	58	66	69	43
Bremen		-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶⁾	1 000	741 ⁺	799 ⁺	.	.	813	826	.	.	828
darunter *Männer	1 000	494 ⁺	533 ⁺	.	.	540	546	.	.	547
*Arbeitslose										
Anzahl	1 000	50	12	7	7	7	6	5	5	6
darunter *Männer	1 000	31	7	4	4	4	3	3	3	3
je 100 Arbeitnehmer		6,3	1,5	0,9	0,8	0,9	0,7	0,6	0,6	0,7

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 6) Arbeiter, Angestellte und Beamte

HINWEIS: Dadurch, daß die mit der Volkszählung am 6. 6. 1961 festgestellten Bevölkerungszahlen von den bis dahin fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen etwas abweichen, haben sich die Werte für einige Beziehungszahlen (z. B. Lebendgeborene je 1 000 Einwohner und 1 Jahr) geringfügig geändert. Es handelt sich hierbei nicht um die Korrektur einer falschen Zahl, deshalb ist in diesen Fällen kein "*" gesetzt worden.

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 251 ^a	.	.	.	1 398	.	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	467 ^a	.	.	.	465	.	.	.
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 636 ^a	.	.	1 877	1 653	.	.	1 810
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	171 ^a	.	.	181	174	.	.	177
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	107 ^a	.	.	111	111	.	.	109
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St	14	20	17	21	27	15	18	22	30
*Kälber	1 000 St	5	5	3	2	2	3	3	2	2
*Schweine	1 000 St	81	107	98	97	93	109	118	123	107
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St	15 ^b	12 ^c	2	1	2	2	2	2	2
*Gesamtschlachtgewicht ⁷⁾ (einschl. Schlachtfette)	1 000 t	9,3	13,0	12,2	13,1	14,5	13,1	14,6	15,7	16,6
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	4,4	3,7	4,5	6,3	3,4	4,1	4,8	7,0
*Schweine	1 000 t	5,9	8,2	8,2	8,3	7,9	9,4	10,2	10,6	9,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	223	227	213	216	232	225	228	223	239
*Kälber	kg	49	51	55	57	53	55	57	54	51
*Schweine	kg	89	86	85	86	87	88	88	88	88
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	153	173	147	110	204	185	152	108
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	10,9	12,1	10,3	8,0	14,6	12,8	10,5	7,7
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	87	89	92	91	89	92	92	91	89
INDUSTRIE ⁸⁾										
*Beschäftigte	1 000	164	174	174	176	176	176	176	177	177
darunter *Arbeiter ⁹⁾	1 000	136	142	143	144	144	143	142	143	143
*Geleistete Arbeiterstunden ¹⁰⁾	1 000	24 439	24 761	22 330	25 557	25 217	23 540	22 266	24 681	23 848
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	69,6	70,1	74,2	70,9	78,2	79,1	82,5	76,6
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	22,9	22,7	22,9	23,3	26,2	25,9	25,8	26,1
*Brennstoffverbrauch	1 000 SKE ¹¹⁾	74	68	58	71	76	58	55	57	56
Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	11 193	11 022	11 204	11 183	10 656	10 872	10 536	9 833
Heizölverbrauch	1 000 t	31	45	46	48	47	48	51	55	54
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	86	84	89	89	87	89	94	92
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	21	22	21	21	20	20	22	22	20
*Umsatz ¹²⁾	Mill. DM	479	584	567	624	636	607	578	641	633
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	79	68	111	57	77	66	68	77
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	224	278	264	268	r 295	279	248	267	...
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		592	698	653	666	694	732	783	772	...
Industrie der Steine und Erden		193	254	290	289	r 300	315	317	306	...
Hochofen- und Stahlwerke		157	161	153	172	163	148	150	159	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		112	154	87	144	r 171	152	93	123	...
Mineralölverarbeitung		688	1 132	1 228	1 210	r 1 168	1 337	1 192	1 508	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		741	1 176	1 144	1 138	r 1 216	1 059	1 087	1 090	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		99	113	118	110	r 117	116	113	102	...
papierherzeugenden Industrie		256	313	327	298	r 298	311	322	303	...
Schiffbaues		312	297	249	266	r 286	225	186	181
Maschinenbaues		273	340	493	288	r 432	298	235	263	...
elektrotechnischen Industrie		508	702	571	659	r 761	569	467	559	...
feinmechanischen und optischen Industrie		609	819	759	734	r 907	773	794	768	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		166	222	187	222	r 249	237	213	229	...
lederherzeugenden Industrie		116	96	74	92	r 101	58	80	73	...
Schuhindustrie		217	243	171	259	r 252	207	136	224	...
Textilindustrie		195	200	126	199	r 221	142	89	117	...
Bekleidungsindustrie		127	151	119	141	r 173	134	106	157	...
Fleischwarenindustrie		169	196	191	190	r 214	207	202	216	...
fischverarbeitenden Industrie		189	197	162	214	r 230	144	184	232	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		121	129	141	111	r 86	184	150	124	...
tabakverarbeitenden Industrie		227	253	239	249	r 252	261	260	260	...
Bauproduktion		190	227	249	234	r 252	284	260	249	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) gewerbliche Schlachtungen 8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 9) einschl. gewerblicher Lehrlinge 10) einschl. Lehrlingsstunden 11) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenss oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 12) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1961/62 = 22

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt			Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	131	85	112	119	83	91	109	...
*Stromverbrauch 13)	Mill. kWh	143	175	175	192	189	185	191	208	...
*Gaserzeugung (brutto) ¹⁴⁾	Mill. cbm	17	18	17	16	17	17	18	16	...
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe ¹⁵⁾										
*Beschäftigte		55 228	61 829	63 588	63 507	63 164	p64 693	p65 783	p65 440	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 618	10 563	10 738	10 654	p10 919	p10 811	p11 162	...
darunter *für Wohnungsbauten	1 000	4 157	4 172	4 523	4 574	4 500	p 4 313	p 4 397	p 4 410	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	32,2	36,7	37,3	37,0	p 42,7	p 42,9	p 44,4	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	2,2	2,2	2,2	2,5	p 2,6	p 2,7	p 2,8	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	101,4	117,8	116,8	112,7	p 126,9	p 140,5	p 146,9	...
Baugenehmigungen ¹⁶⁾										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) ¹⁷⁾		922	1 071	1 460	1 164	1 547	1 031	1 502	1 596	1 048
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	332	285	353	432	366	376	333	307
Veranschlagte reine Baukosten ¹⁷⁾										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	97,1	102,6	114,8	137,7	111,5	134,6	132,6	91,0
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	66,3	83,6	79,1	85,7	78,1	100,8	104,2	69,8
*Umbauter Raum in allen Gebäuden ¹⁷⁾										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 369	1 465	1 574	1 810	1 528	1 858	1 776	1 169
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	862	1 064	1 031	1 103	926	1 252	1 260	832
*Wohnungen ¹⁸⁾		2 109	2 479	3 022	3 043	3 056	2 733	3 548	3 350	2 357
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 247	2 789	2 829	2 830	2 397	3 273	3 100	2 063
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹⁹⁾		1 533	2 162	1 365	2 462	1 815	946	1 238	1 668	2 719
Wohnräume ²⁰⁾		6 064	8 767	5 793	10 284	7 260	3 696	5 113	6 723	10 806
HANDEL UND GASTGEWERBE										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1961=100	.	.	102	105	99	113	108	111	103
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	.	105	107	103	114	108	112	108
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	.	93	95	87	113	100	96	90
*Hausrat und Wohnbedarf		.	.	94	101	100	95	99	104	96
*Sonstige Waren		.	.	99	103	98	114	109	113	105
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	508	634	422	369	634	449	537	531
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 376	810	625	492	728	2 589	1 196	809
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	14 304	14 939	12 410	13 013	15 161	15 760	16 475	17 468
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	33 732	28 249	35 753	34 376	29 610	32 339	33 703	37 754
*Ausfuhr nach Warengruppen ²¹⁾										
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	6,6	4,8	5,0	7,0	4,2	4,9	5,1	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	82,9	84,7	109,0	88,6	56,2	61,7	60,3	...
darunter										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,1	3,3	3,6	2,4	3,3	3,3	3,0	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	6,5	6,7	6,3	9,9	6,8	8,3	7,2	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	71,4	74,7	99,1	76,2	46,0	70,2	50,1	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	3,4	2,5	3,2	3,2	3,5	4,0	3,3	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	68,0	72,2	95,9	73,1	42,5	66,2	46,8	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern ²²⁾										
EWG-Länder										
darunter Italien	Mill. DM	1,7	5,3	4,5	3,2	6,4	5,4	5,5	3,1	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	8,0	6,4	5,0	5,5	4,4	15,9	4,4	...
EFTA-Länder										
darunter Dänemark	Mill. DM	31,0	46,5	52,0	78,4	51,3	26,9	38,2	34,3	...
Großbritannien	Mill. DM	3,7	8,7	5,3	5,8	13,9	5,1	6,8	5,3	...
Norwegen	Mill. DM	3,2	9,5	3,7	4,3	25,4	3,1	11,6	3,9	...
Schweden	Mill. DM	14,2	17,1	32,9	58,2	1,3	9,1	8,7	16,1	...
Fremdenverkehr ²²⁾										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	140	367	291	146	212	340	298	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	15	17	53	37	17	22	51	37	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	896	3 249	2 870	954	1 334	2 899	2 841	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	33	34	119	84	35	43	107	85	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) einschl. Verluste 14) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 15) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 16) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 17) nur Neubau und Wiederaufbau 18) nur Normalwohnungen

19) Normalbau 20) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 21) 1962 = vorläufige Zahlen 22) ab Juni 1962 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962				
		Monats-Durchschnitt			Jul	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
VERKEHR											
Seeschifffahrt ²³⁾											
Güterempfang	1 000 t	377	508	637	580	529	567	549	
Güterversand	1 000 t	102	150	143	188	175	160	151	
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1 000 t	126	154	163	181	162	224	193	184	184	
*Güterversand	1 000 t	195	270	297	339	319	317	359	348	381	
Nord-Ostsee-Kanal ²⁴⁾											
Schiffsverkehr											
Schiffe		5 645	6 437	7 351	7 629	7 171	7 252	7 575	7 263	7 668	
darunter deutsche	%	65,5	63,7	63,1	66,6	64,7	64,6	64,2	64,7	66,7	
Raumgehalt	1 000 NRT	2 795	3 397	3 722	3 662	3 411	3 717	3 844	3 917	3 760	
darunter deutscher Anteil	%	30,3	28,5	31,4	29,9	31,9	28,0	27,4	26,8	30,4	
Güterverkehr und zwar	1 000 t	3 840	4 766	5 177	5 165	5 028	5 197	5 266	5 283	5 297	
auf deutschen Schiffen	%	32,6	30,5	33,6	31,2	32,9	30,2	30,7	29,9	32,5	
Richtung West-Ost	1 000 t	1 906	2 304	2 232	2 327	2 224	2 536	2 196	2 405	2 231	
Richtung Ost-West	1 000 t	1 935	2 462	2 945	2 838	2 804	2 661	3 070	2 879	3 066	
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	4 271	3 588	3 884	4 248	4 932	4 236	4 274	...	
darunter											
*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	123	151	98	74	133	74	76	...	
*Personenkraftwagen		2 107	3 081	2 405	2 798	2 995	3 677	3 071	3 081	...	
*Kombinationskraftwagen		175	242	255	186	227	283	264	244	...	
*Lastkraftwagen		293	374	355	360	359	421	399	362	...	
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle		2 513	3 493	4 431	4 440	3 794	3 563	3 949	4 222	p 3 555	
davon											
*mit Personenschaden		918	1 100	1 335	1 370	1 323	1 282	1 266	1 305	p 1 214	
*nur mit Sachschaden		1 595	2 393	3 096	3 070	2 471	2 281	2 683	2 827	p 2 341	
*Getötete Personen ²⁵⁾		40	50	67	52	51	55	61	65	p 66	
*Verletzte Personen		1 130	1 394	1 742	1 777	1 683	1 697	1 714	1 871	p 1 566	
GELD UND KREDIT											
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁶⁾											
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 ^d	4 843 ^d	4 711	4 727	4 776	5 378	5 414	5 483	...	
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	1 436 ^d	1 439	1 396	1 402	1 635	1 628	1 619	...	
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	828	1 425	1 434	1 391	1 399	1 627	1 622	1 608	...	
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	2 165 ^d	3 506 ^d	3 272	3 330	3 374	3 743	3 786	3 864	...	
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	3 022 ^d	2 839	2 895	2 911	3 217	3 254	3 320	...	
*Einlagen von Nichtbanken ²⁶⁾	Mill. DM	2 067 ^d	3 090 ^d	2 928	3 006	2 986	3 245	3 311	3 415	...	
davon											
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 369 ^d	1 294	1 361	1 328	1 379	1 427	1 514	...	
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	837 ^d	1 071 ^d	1 037	1 064	1 044	1 062	1 102	1 156	...	
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	1 721 ^d	1 634	1 646	1 659	1 866	1 884	1 901	...	
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	1 159 ^d	1 093	1 099	1 107	1 257	1 264	1 279	1 293	
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	85	88	75	69	66	98	87	...	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	70	80	63	56	66	80	70	...	
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	8	5	10	5	6	5	2	8	
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	2	3	-	2	1	-	-	-	
Wechselproteste	Anzahl	636	754	741	804	798	648	632	677	...	
	Wert	1 000 DM	465	552	547	643	591	505	725	637	
STEUERN ²⁷⁾											
*Landessteuern	1 000 DM	32 185	54 928	43 385	42 025	88 235	89 972	46 089	44 758	91 173	
darunter											
*Vermögensteuer	1 000 DM	1 463	2 393	561	4 002	1 806	827	332	5 571	388	
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	5 432	5 291	5 140	5 308	5 702	6 423	5 885	5 738	
*Biersteuer	1 000 DM	420	561	610	703	684	627	618	775	713	
*Bundessteuern	1 000 DM	83 577	121 732	118 186	114 208	139 873	140 735	125 064	117 730	150 694	
darunter											
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	29 801	39 324	41 106	40 401	41 742	37 035	45 974	46 608	45 820	
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 253	1 471	1 368	1 491	1 320	1 427	1 301	1 360	
*Zölle	1 000 DM	7 838	8 529	8 346	9 585	7 868	8 252	10 893	2 683	8 083	
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	49 191	48 889	47 498	47 011	51 400	47 819	51 745	51 377	
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	35 876	35 788	34 246	35 424	33 482	37 945	34 306	38 578	
*Notopfer Berlin ²⁸⁾	1 000 DM	354	44	28	13	22	95	16	16	10	
außerdem *Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	6 077	2 176	8 816	1 851	3 281	3 485	8 530	1 637	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

23) Monatsangaben 1961/62 = vorläufige Zahlen 24) ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 25) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 26) Monatszahlen; Bestand am Endes des Berichtszeitraumes 27) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr 28) ohne Abgabe auf Postsendungen d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ²⁹⁾	1 000 DM	37 688	66 828	52 417	43 836	119 380	121 810	54 100	43 931	125 810
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	25 257	31 818	30 871	30 578	26 199	37 117	36 828	37 981
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	30 164	16 890	9 733	60 434	71 766	13 508	6 590	68 060
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	617	1 173	1 717	222	873	1 604	341	1 045
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	10 790	2 535	1 515	28 146	22 973	1 870	172	18 724
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	77 034 ⁺	78 280 ^e	.	.	79 248 ^e	.	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	6 982 ⁺	7 178 ^e	.	.	6 952 ^e	.	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	12 710 ⁺	12 184 ^e	.	.	13 334 ^e	.	.	.
Baulandsteuer	1 000 DM	238 ^e	.	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	52 289 ⁺	54 009 ^e	.	.	53 038 ^e	.	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	5 029 ⁺	4 909 ^e	.	.	5 686 ^e	.	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 530 ⁺	6 440 ^e	.	.	5 649 ^e	.	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	94	93	93	92	94	92 ^p	91	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	132	131	132	131	131	133	134	130 ^p	130
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1958=100	100 ^f	101,9	101,7	101,8	102,0	103,1	103,1	103,1	103,2
landwirtschaftlicher Produkte	1957/59=100	100,4 ^f	102,4 ^g	102,0	102,2	101,1	107,4	107,4 ^p	101,3	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100	121,8	.	125,0	.	.	.	132,9 ^p	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1958/59=100	100 ^f	106,5 ^g	103,9	105,0	104,9	108,3	107,9	108,5	...
Einzelhandelspreise	1958=100 ^h	100	103	104	104	104	108	110	107	107
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁰⁾	1958=100	100	105,0	105,8	105,5	105,3	109,8	110,3	108,6	108,3
darunter										
Ernährung	100	103,6	105,6	104,6	103,6	111,5	112,3	107,3	106,3	106,3
Wohnung	100	118,0	118,4	118,5	119,0	121,3	122,3	122,3	122,3	122,3
Heizung und Beleuchtung	100	103,7	102,8	103,2	103,9	104,5	105,1	105,7	105,7	106,5
Bekleidung	100	104,0	104,0	103,9	104,3	106,9	107,0	107,1	107,1	107,4
Hausrat	100	101,1	100,8	101,0	101,7	103,4	103,6	103,8	104,0	104,0
LÖHNE UND GEHALTER ³¹⁾										
Arbeitervergdienste in der Industrie ³²⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	116,69	146,78	.	150,07	.	.	.	164,79	.
darunter Facharbeiter	DM	124,34	156,59	.	159,34	.	.	.	175,26	.
*weiblich	DM	67,56	88,45	.	89,51	.	.	.	98,69	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	243,5	307,9	.	314,4	.	.	.	348,8	.
darunter Facharbeiter	Pf	258,6	327,0	.	332,9	.	.	.	369,6	.
*weiblich	Pf	152,9	203,6	.	204,7	.	.	.	229,9	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	47,7	.	47,7	.	.	.	47,2	.
*weiblich	Std.	44,2	43,4	.	43,7	.	.	.	42,9	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	44,3	.	44,2	.	.	.	43,0	.
*weiblich	Std.	41,4	40,5	.	40,8	.	.	.	39,0	.
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³²⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	732	.	745	.	.	.	794	.
*weiblich	DM	382	475	.	486	.	.	.	523	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	850	.	874	.	.	.	926	.
*weiblich	DM	403	500	.	514	.	.	.	550	.
im Handel ³³⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	679	.	683	.	.	.	745	.
*weiblich	DM	331	409	.	411	.	.	.	455	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	497	706	.	757	.	.	.	842	.
*weiblich	DM	259	377	.
in Industrie ³²⁾ und Handel ³³⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	696	.	702	.	.	.	761	.
*weiblich	DM	347	428	.	433	.	.	.	475	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	842	.	868	.	.	.	921	.
*weiblich	DM	391	494	.	508	.	.	.	545	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

29) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 30) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1958

31) Effektivverdienste; 1958 und 1961 Durchschnitte aus 4 Erhebungen

32) einschl. Baugewerbe

33) Handel, Geld- und Versicherungswesen

e) 1. 4. - 30. 6. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni)

g) Wirtschaftsjahr

1961/62 (Juli - Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen A*

	Zeit 1)	Einheit	1950	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Wohnbevölkerung	JD	1 000	2 598	2 271	2 253	2 258	2 269	2 284	2 299	2 324 ^a
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	JS	1 000	+ 17	+ 7	+ 7	+ 7	+ 8	+ 11	+ 10	+ 13
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	JS	1 000	- 108	- 34	- 13	+ 6	+ 3	+ 3	+ 9	+ 13
Beschäftigte Arbeitnehmer ²⁾	30.9.	1 000	650	716	741	757	772	770	791	813
darunter in den Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1 000	104	86	81	78	72	56	54	52
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1 000	260	318	334	346	355	360	373	385
Handel und Verkehr	30.9.	1 000	121	148	158	163	171	177	183	188
Arbeitslose	30.9.	1 000	178	57	45	34	27	17	11	7
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	7,4	5,7	4,3	3,4	2,2	1,4	0,9
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR										
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen	Mai	1 000	480	353	337	323	314	306	302	304
je 1 000 Einwohner	Mai		182	154	148	143	138	134	132	131
VOLKSEINKOMMEN										
Brutto-Inlandsprodukt ³⁾	JS	Mill. DM	3 866	6 238	6 879	7 612	8 429	9 073 ^b	9 666 ^b	...
je Einwohner		DM	1 488	2 747	3 054	3 371	3 715	3 972 ^b	4 204 ^b	...
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Pferde	3.12.	1 000	167	99	87	80	72	58	46	38
Rinder	3.12.	1 000	999	1 040	1 072	1 094	1 129	1 196	1 219	1 251
darunter Milchkühe	3.12.	1 000	458	429	431	431	426	441	460	467
Schweine	3.12.	1 000	1 031	1 184	1 210	1 298	1 279	1 328	1 414	1 636
Schafe ⁴⁾	3.12.	1 000	129	112	112	116	119	113	105	109
Hühner	3.12.	1 000	3 827	3 476	3 493	3 486	3 522	3 623	3 648	4 259
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾										
Rinder	JS	1 000	164	253	229	280	293	295	341	342
Schweine	JS	1 000	818	1 455	1 441	1 675	1 745	1 725	1 883	2 021
Milcherzeugung										
Kuhmilcherzeugung	JS	1 000 t	1 562	1 577	1 586	1 662	1 699	1 682	1 750	1 831
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 554	3 711	3 857	3 946	3 951	3 965	3 980
INDUSTRIE⁶⁾										
Beschäftigte	JD	1 000	109	148	158	164	164	162	168	174
je 1 000 Einwohner			42	65	70	73	72	71	73	75
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	488	534	581	638	659	747	835
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	134	156	173	197	210	238	275
Umsatz ⁷⁾	JS	Mill. DM	2 416	4 223	4 840	5 363	5 744	6 053	6 407	7 011
darunter Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	581	627	766	782	840	887	945
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	182	197	214	224	236	255	278
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Baugenehmigungen										
Wohnungen	JS	1 000	27,7	24,7	22,3	23,4	25,3	28,6	29,6	29,7
darunter in ganzen Wohngebäuden	JS	1 000	24,7	22,2	19,8	20,9	22,5	25,8	26,6	27,0
Baufertigstellungen										
Wohnungen										
Anzahl	JS	1 000	17,7	18,3	23,0	21,8	18,4	25,3	25,9	25,9
je 1 000 Einwohner			6,9	8,0	10,1	9,7	8,1	11,0	11,2	11,1
Anteil des sozialen Wohnungsbaus	JS	%	.	56,4	58,7	63,2	49,5	53,2	50,9	50,9
Wohnräume ⁸⁾										
Anzahl	JS	1 000	59,1	67,9	83,9	79,5	72,8	99,7	103,5	105,2
je 1 000 Einwohner			23,1	29,8	37,0	35,3	32,0	43,5	44,8	45,1
Bestand an										
Wohnungen ⁸⁾	31.12.	1 000	461,4	564,2	585,5	605,9	623,4	647,1	671,2	695,4
Wohnräumen	31.12.	1 000	1 853	2 104	2 184	2 262	2 334	2 431	2 531	2 632

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit B 1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme 2) Arbeiter, Angestellte und Beamte 3) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt; generalbereinigte Werte 4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 5) gewerbl. und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 7) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 8) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen a) Errechnet unter Zugrundelegung der auf der Grundlage der Wohnungstatistik 1956 fortgeschriebenen Wohnbevölkerung. Die Zahl ist nur als vorläufige Angabe zu verwenden und gilt nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 als überholt b) vorläufige Ergebnisse

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung ¹⁾ am 30.6.1962	Einnahmen aus Gemeindesteuern vom 1.1. - 30.6. 1962 in 1 000 DM	Aufwand der öffentlichen Fürsorge ²⁾ im Rj. 1961 in DM je Einw.	Arbeitslose am 30.9.1962			Industrie ³⁾	
				insgesamt	davon		Beschäftigte am 31.8.1962	Umsatz ⁴⁾ in Mill. DM im Aug. 1962
					männlich	weiblich		
Flensburg	97 465	8 221	32,94	291	162	129	7 391	21,1
Kiel	272 243	28 400	34,56	1 116	502	614	34 431	73,3
Lübeck	236 684	26 870	36,28	955	561	394	35 429	118,9
Neumünster	75 184	7 053	28,85	246	122	124	13 169	32,3
Eckernförde	64 831	3 093	35,30	86	49	37	1 809	4,7
Eiderstedt	19 199	1 341	27,25	36	20	16	409	2,7
Eutin	90 021	5 203	28,20	270	151	119	4 402	16,5
Flensburg-Land	65 107	2 345	24,86	108	61	47	805	2,5
Hzgt. Lauenburg	132 053	7 714	25,23	293	212	81	9 068	20,0
Husum	63 543	3 329	23,74	94	29	65	901	2,2
Norderdithmarschen	57 800	3 237	21,84	87	35	52	1 145	3,6
Oldenburg (Holstein)	79 960	4 187	22,45	308	157	151	1 163	5,1
Pinneberg	220 644	17 989	20,92	381	190	191	19 834	82,5
Plön	110 189	4 823	25,41	326	170	156	2 377	9,5
Rendsburg	159 486	9 049	23,74	366	155	211	9 767	27,6
Schleswig	97 958	5 177	27,52	86	40	46	4 441	25,9
Segeberg	96 744	4 175	21,53	93	62	31	5 037	17,7
Steinburg	122 490	9 905	25,75	160	97	63	10 620	42,9
Stormarn	146 615	10 171	21,01	251	154	97	8 699	90,9
Süderdithmarschen	72 097	4 907	26,32	58	40	18	4 988	36,2
Südtondern	61 576	4 156	24,44	58	33	25	1 007	4,7
Schleswig-Holstein	2 341 689	171 446	38,19	5 669	3 002	2 667	176 892	640,8

Kreisfreie Stadt Landkreis	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im 3. Vj. 1962						Baufertigstellungen vom 1.1. bis 30.9.1962	
	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude ⁵⁾		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden ⁵⁾		Wohnungen		Normal- woh- nungen	Normal- wohn- räume 6)
	insgesamt	darunter für Wohn- gebäude	insgesamt	darunter in Wohn- gebäuden	insgesamt	darunter in ganzen Wohn- gebäuden 5)		
	1 000 DM		1 000 cbm					
Flensburg	4 396	1 731	63	18	39	29	695	2 925
Kiel	33 426	25 048	413	299	988	938	820	3 007
Lübeck	36 509	29 282	532	381	1 223	1 195	1 552	5 523
Neumünster	4 009	2 780	47	31	90	75	304	1 263
Eckernförde	13 070	10 112	164	113	284	247	516	2 183
Eiderstedt	1 715	1 669	20	19	39	34	42	216
Eutin	6 178	4 355	73	52	134	129	236	1 028
Flensburg-Land	10 546	6 353	147	82	182	167	262	1 096
Hzgt. Lauenburg	21 462	13 958	265	188	490	427	535	2 161
Husum	9 898	5 966	133	73	201	170	264	1 029
Norderdithmarschen	8 061	6 401	123	94	183	167	301	1 274
Oldenburg (Holstein)	9 591	7 513	121	91	235	215	474	1 856
Pinneberg	58 808	44 633	821	520	1 482	1 388	1 381	5 515
Plön	11 883	8 824	158	101	287	249	534	2 058
Rendsburg	20 564	17 415	267	207	625	561	811	3 333
Schleswig	11 767	9 754	165	123	310	248	267	1 150
Segeberg	13 335	10 486	230	132	359	284	465	1 929
Steinburg	18 643	16 506	231	199	560	532	524	2 179
Stormarn	41 050	36 123	520	417	1 137	1 022	754	3 058
Süderdithmarschen	8 619	5 526	105	61	173	147	232	950
Südtondern	14 720	10 339	203	146	234	212	499	1 795
Schleswig-Holstein	358 250	274 774	4 801	3 347	9 255	8 436	11 468	45 528

1) vorläufiges Ergebnis 2) einschl. Tbc-Hilfe 3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren
5) Neubau und Wiederaufbau 6) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamb- urg	Nie- der- sach- sen	Bre- men	Nord- rhein- West- falen	Hes- sen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land
BEVÖLKERUNG												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1 000	30.6.1962 ¹⁾	54 766	2 342	1 844	6 703	715	16 115	4 900	3 456	7 933	9 669	1 091
Veränderung in %	"	+ 36	+ 47	+ 8	+ 48	+ 27	+ 35	+ 41	+ 17	+ 45	+ 36	+ 20
30. 6. 1962 geg. VZ 1939 ²⁾	"	+ 14	- 9	+ 18	- 1	+ 31	+ 24	+ 15	+ 17	+ 25	+ 6	+ 14
30. 6. 1962 geg. VZ 1950 ²⁾	"	221	150	2 467	141	1 770	474	232	174	222	137	425
Bevölkerungsdichte ³⁾ Einwohner je qkm	"											
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR ¹⁾												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in 1 000	Mai 1961	6 526	304	184	830	85	1 878	568	446	912	1 173	146
je 1 000 Einwohner	"	121	131	100	126	120	118	118	130	117	123	137
ARBEIT												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴⁾ in 1 000	30. 6. 1962	21 223	826	842	2 406	305	6 854	1 853	1 187	3 127	3 459	363
Arbeitslose in 1 000	31. 8. 1962	83	5	4	12	3	27	5	6	2	18	.
je 100 Arbeitnehmer ⁵⁾	"	0,4	0,6	0,4	0,5	1,0	0,4	0,3	0,4	0,1	0,5	.
VOLKSEINKOMMEN												
Brutto-Inlandsprodukt in Mrd. DM	1960	275,8	9,7	17,0	29,5	4,9	92,3	24,6	13,7	40,8	43,2	.
in DM je Einwohner	"	5 271	4 204	9 282	4 506	6 988	5 865	5 192	4 051	5 343	4 585	.
LANDWIRTSCHAFT												
Erzeugung von Kuhmilch in 1 000 t	Aug. 1962	1 787	152	2	378	2	275	113	83	229	541	10
in kg je Kuh und Tag	"	9,8	10,5	11,3	11,9	12,4	10,8	8,9	7,9	8,4	9,1	9,6
INDUSTRIE ⁶⁾												
Beschäftigte in 1 000	30. 6. 1962	8 044	176	233	738	96	2 868	688	370	1 452	1 251	174
je 1 000 Einwohner	"	147	76	127	110	134	178	141	107	184	130	160
Umsatz ⁶⁾ in Mill. DM	Juni 1962	23 885	607	1 058	2 538	421	8 909	1 887	1 029	3 910	3 118	407
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 631	77	118	456	55	1 304	324	181	603	403	129
Produktionsindex ⁷⁾ (arbeitstäglich) 1950 = 100	"	284	279	249	363	244	...	339	p 337	299	302	.
BAUWIRTSCHAFT¹⁾⁸⁾ UND WOHNUNGSWESEN												
Beschäftigte in 1 000	30. 6. 1962	1 489	65	50	190	22	421	126	90	233	270	33
je 1 000 Einwohner	"	27,5	27,7	27,0	28,4	31,5	26,2	25,9	26,1	29,6	28,0	30,0
Geleistete Arbeitsstunden in Mill.	Juni 1962	244	11	8	31	4	69	20	15	38	43	5
je Einwohner	"	4,5	4,7	4,4	4,7	5,3	4,3	4,0	4,3	4,9	4,5	4,9
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁹⁾ Anzahl	Juli 1962	59 077	3 548	1 652	6 655	1 400	14 157	5 599	3 200	10 414	11 077	1 375
je 10 000 Einwohner	"	10,8	15,2	9,0	10,0	19,6	8,8	11,5	9,3	13,2	11,5	12,6
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl	"	34 865	1 238	1 034	2 910	367	9 659	5 907	1 981	6 033	5 163	573
je 10 000 Einwohner	"	6,4	5,3	5,6	4,4	5,1	6,0	12,1	5,7	7,7	5,4	5,3
AUSFUHR												
Ausfuhr in Mill. DM ¹⁾	Juli 1962	4 483 ^{a)}	87	150	367	51	1 605	399	202	796	497	153
STEUERN												
Steueraufkommen in DM je Einwohner												
Landessteuern ¹⁰⁾	2. Vj. 1962	120	71	231	87	139	136	138	87	126	110	74
Bundessteuern ¹¹⁾	"	189	156	679	138	372	207	163	133	175	145	111
Gemeindesteuern	"	50	36	73	42	61	56	50	39	52	46	29
GELD UND KREDIT ¹²⁾												
Bestand an Spareinlagen in DM je Einwohner	31. 7. 1962	1 093	804	1 489	1 002	1 188	1 172	1 092	953	1 129	1 045	1 010
FÜRSORGE ¹³⁾												
Öffentliche Fürsorge												
Aufwand in DM je Einwohner	Rj. 1961	30,34	35,15	49,63	26,74	44,33	36,49	30,66	22,26	25,23	24,19	24,92
Laufend unterstützte Personen der offenen Fürsorge												
je 1 000 Einwohner	31.12.1961	14,1	19,8	16,2	14,1	21,7	17,2	14,5	11,8	11,1	10,3	12,0

1) vorläufiges Ergebnis 2) Saarland; Stand: 14. 11. 1951 3) Gebietsstand: 6. 6. 1961 4) Arbeiter, Angestellte und Beamte 5) Beschäftigte und Arbeitslose 6) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 7) Gesamtindex (ohne Bau) 8) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 9) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 10) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 11) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin 12) ohne Postspareinlagen 13) offene und geschlossene Fürsorge und Tbc-Hilfe ohne übrige Leistungen a) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

Inhalt des lfd. Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Selte
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Ausländer 1961	8/249
Bevölkerung 1960	1/8
Wohnbevölkerung nach der Volkszählung	8/232
Bevölkerungsbewegung	
Ehescheidungen 1960	5/140
Gesundheitswesen	
Krankheiten, Meldepflichtige -	8/240
Unterricht, Bildung und Kultur	
Akademische Prüfungen	6/188
Berufsbildende Schulen 1961	10/309
Hochschullehrer 1960	10/308
Ingenieurschulen	10/327
Ingenieurschulen 1960/61	1/24
Jugendgruppen 1961	2/60
Lehrerbedarf und Lehrernachwuchs	4/108
Lehrernachwuchs	6/187
Pädagogische Hochschulen	6/188
Schulen, Allgemeinbildende - 1961	2/36
Turnen und Sport	2/60
Wahlen	
Bundestagswahl 1961, repräsentativ	2/38
Kommunalwahlen März 1962	7/200
Erwerbstätigkeit	
Arbeitsplatzwechsel der Arbeitnehmer	8/242
Streiks	5/155
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Baumschulen 1961	8/251
Betriebe, Landw. - nach Hauptbetriebsart	2/41
Betriebe, Landw. - über 100 ha	4/110
Bodennutzungssysteme	7/205
Gemüse 1961	4/124
Getreideernte und ihre Verwertung	2/46
Getreide 1961	4/125
Handelsdünger 1960/61	1/10
Milchwirtschaft 1961	6/168
Obsternte 1961	2/61
Schlacht tier- und Fleischbesatz	1/12
Schweinebestand März 1962	5/154
Vieh- und Fleischwirtschaft 1960/61	6/170
Zwischenfruchtanbau 1961	2/62
Unternehmungen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Kapitalgesellschaften 1961	5/149
Industrie und Handwerk	
Handwerk 1961	6/182
Heizölverbrauch	10/328
Industrie 1961	6/177
Produktion, Industrie- 1960	1/15
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauwirtschaft 1961	5/142
Handel und Gastgewerbe	
Fremdenverkehr Sommer 1961	5/146
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	7/213
Konsumgenossenschaften 1960	4/127

Verkehr

Berlin- und Interzonenhandel 1960	3/79
Bundesbahn, Verkehr der -	8/248
Güterbewegungsstatistiken	3/76
Kraftfahrzeugbestand 1961	10/315
Pkw-Bestand, Voraussichtlicher -	4/128
Postleistungen	10/313
Reiseverkehr, Grenzüberschreitender -	10/311
Straßen, Klassifizierte -	8/248
Straßenverkehrsmittel, Öffentliche -	2/49

Geld, Kredit und Versicherungswesen

Bausparkassen 1961	10/319
Boden- und Kommunkreditinstitute	7/217
Hypotheken 1961	8/246
Kredite und Einlagen 1961	8/235
Spareinlagen 1900 bis 1960	3/81
Zahlungsschwierigkeiten 1961	6/185

Öffentliche Sozialleistungen

Rentenversicherung, Soziale -	10/318
Schwerbeschädigte	10/328

Öffentliche Finanzen

Finanzausgleich, Kommunalen -	6/187
Gewerbesteuer-Meßbeträge 1958	4/114
Steueraufkommen 1961	5/152
Umsätze 1960	2/54
Umsatzstruktur 1960	4/116
Vermögensmillionäre	2/63
Verschuldung, Öffentliche -	8/243

Preise

Baupreisstatistik	1/19
Gaststätten, Preise in - 1960	4/119
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preise -	8/250
Verbraucherpreise	10/323

Löhne und Gehälter

Handwerk, Löhne im -	3/85
Landwirtschaft, Löhne in der - 1961	6/174

Versorgung und Verbrauch

Verbrauch in Haushalten	3/90
-------------------------	------

Sozialprodukt

Bruttoinlandsprodukt Verarb. Gewerbe	1/4
--------------------------------------	-----

Verschiedenes

Schleswig-Holstein von 1956 bis 1962	9/262
--------------------------------------	-------

Neuerschienen:

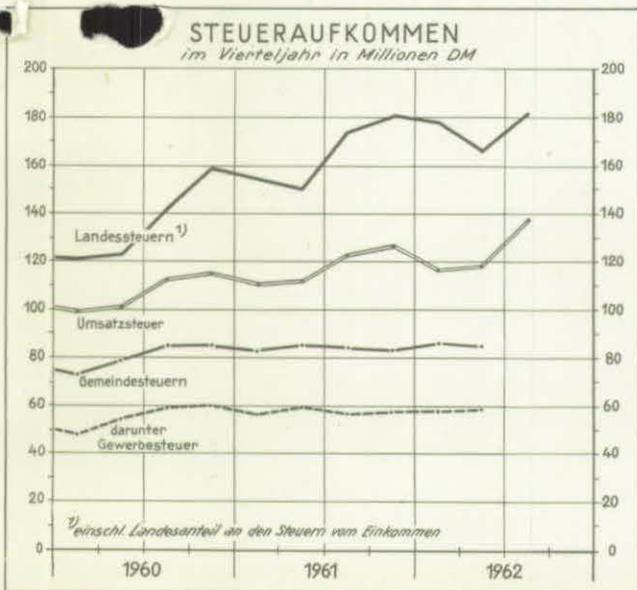
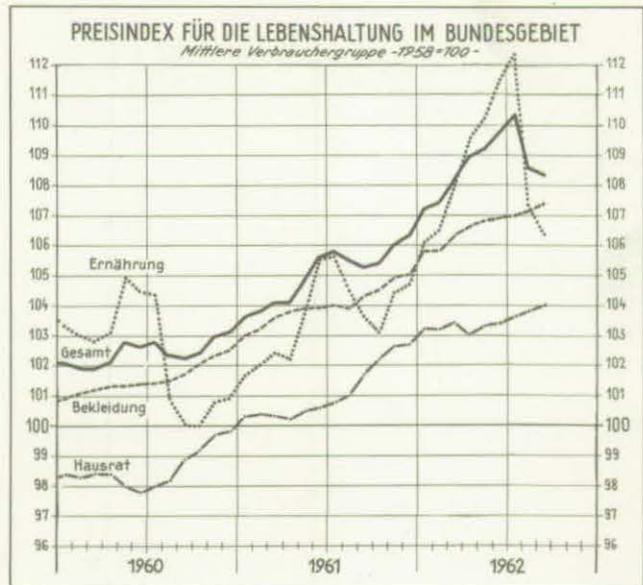
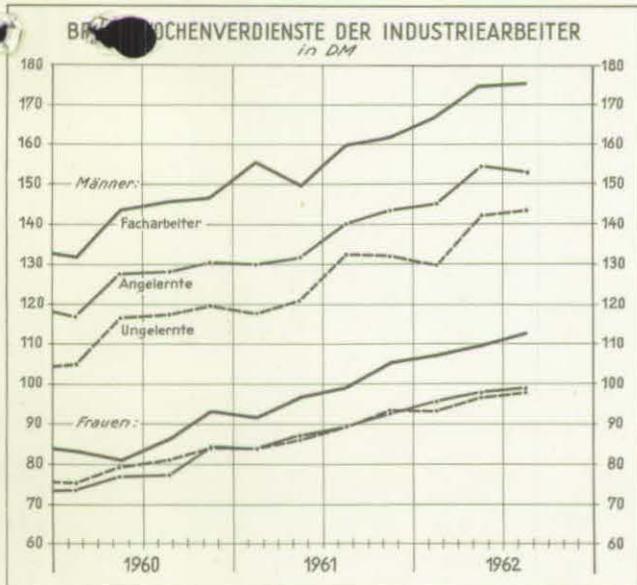
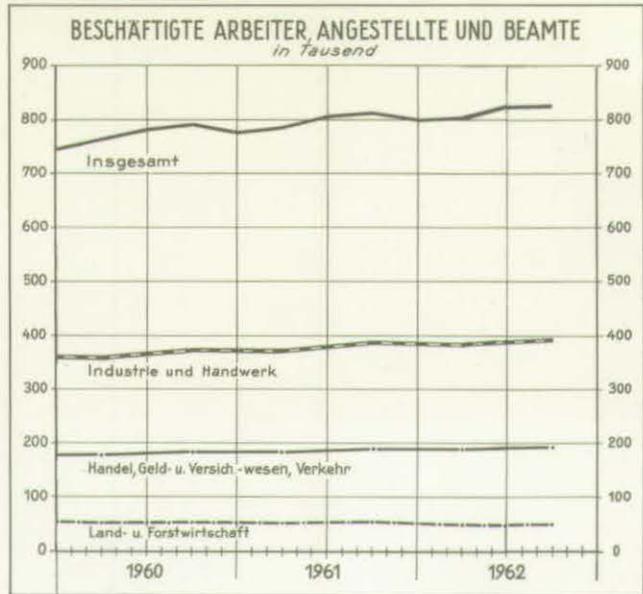
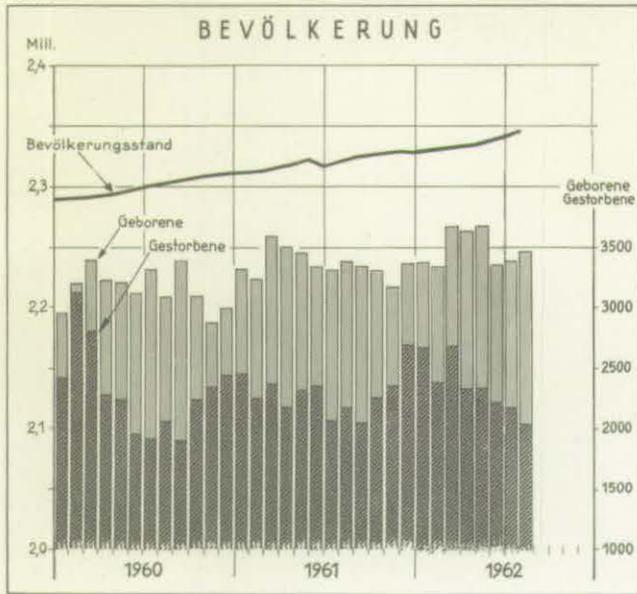
Statistische Berichte

B III 2 „Die Landtagswahl am 23. 9. 1962 in Schleswig-Holstein
(Endgültiges Ergebnis)“

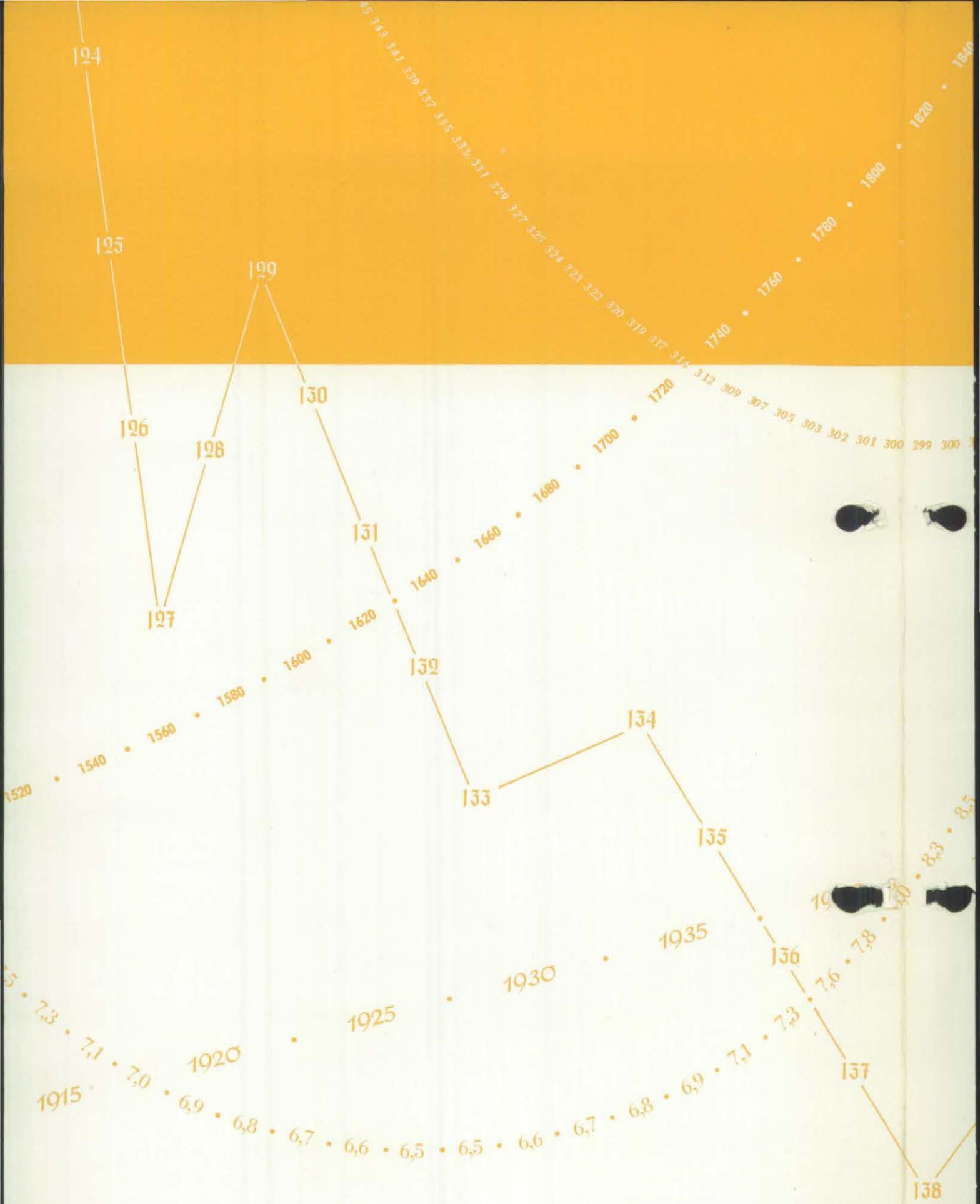
32 Seiten, Preis 2,10 DM

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A*

D-3015



* Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen